

Volksmacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstr. 5; Marktstr. 100; sowie durch alle Aussträger zu beziehen. - Bezugspreis im Voraus wöchentlich 3,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. + 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Erklärung der Reichsregierung

Nach Beendigung der gestrigen Kabinettsitzung empfing Finanzminister Dietrich die Presse und gab nachfolgende Erklärung der Reichsregierung ab:

Die weitschauende und staatsmännische Initiative Präsidenten Hoover wurde von Erfolg gekrönt. Die Entlassung und die Hoffnung auf Wirtschaftserholung, die dieses Ergebnis mit sich bringt, löst allseits freudige und freundliche Gefühle aus. Der Entschluß zu raschem und durchgreifendem Handeln eröffnet die besten Möglichkeiten zu einer Wiedergesundung der Wirtschaft.

Das deutsche Volk ist sich darüber klar, daß die endgültige Durchführung des Hoover-Plans ihm, als dem am stärksten Belasteten, die verhältnismäßig stärkste Erleichterung bringen wird. Die Einigung über das Feiertagsjahr konnte nur durch verständnisvolle Mitwirkung aller Beteiligten erreicht werden, von denen einige Staaten der Regierung eigener Schwierigkeiten und erheblicher Unannehmlichkeiten im Interesse der Gesamtlösung sich nehmen mußten.

Der hochherzige Verzicht des amerikanischen Volkes jedoch ein begrüßenswertes Echo ausgelöst. Wir erheben dankbar an, daß in der Stunde schwerster wirtschaftlicher Gefahr Deutschland dieses Verständnis für die Lage gefunden hat. Deutschland ist nach Eintritt des Feiertages keineswegs seiner wirtschaftlichen und finanziellen Mäße beraubt. Es kann die ihm verbleibenden Mittel nicht benutzen, um die Opfer, die die Verringerung der Bevölkerung hat zumuten müssen, bei der Milderung gewisser Härten, herabzusetzen. Es darf in seinen äußersten Anstrengungen zu sparen nachhelfen. Die gesamten Erleichterungen, die der Plan Deutschland bringen wird, werden zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen restlos benötigt und verwendet werden; die hierdurch eintretende Erleichterung des Geldkreditmarktes muß der deutschen Wirtschaft zugute kommen.

Eine Erhöhung irgendwelcher Ausgaben des Reiches, welchem Gebiete auch immer, ist während des Feiertages nicht möglich. Darüber hat der Herr Reichsminister der amerikanischen Regierung eine eindeutige Erklärung abgegeben.

Das Hoover-Jahr soll der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und darüber hinaus der wirtschaftlichen Erholung der Welt dienen. Soll sich die Hoffnung verwirklichen, daß in der gezeigten Zeit dieses Ziel erreicht wird, so ist eine engere Zusammenarbeit der Völker erforderlich. Die nächsten Monate werden Gelegenheit bieten, einer solchen Zusammenarbeit beizustehen.

Die Heilung der Wunden dieser Krise und die Vorkämpfe gegen den Wiedereintritt ähnlicher Weltkrisen müssen das gemeinsame Ziel sein, von dem die Staatsmänner und die Völker bei der Lösung der größeren Aufgaben des kommenden Jahres leiten lassen.

Unter suchungshaft als verurteilt. Den übrigen Angeklagten wurde die Untersuchungshaft in folgender Weise an gerechnet: Uralzeff mit 4 Monaten 3 Wochen, Dr. Steinmehk mit 2 Monaten 3 Wochen, Schrader mit 8 Monaten, Bedenk mit 1 Monat und Dr. Türt mit 1 Monat 3 Wochen.

Der Haftbefehl gegen Uralzeff, dessen Vollstreckung bereits ausgeführt war, wurde wegen Nichthaftfähigkeit aufgehoben. Steinmehk erhält für den Strafrest eine dreijährige Bewährungsfrist. Eine Bewährungsfrist für Türt wurde ausdrücklich abgelehnt, jedoch kam auch in diesem Falle der Haftbefehl zur Aufhebung. In bezug auf Schrader und Bedenk erklärte sich das Gericht für die Erteilung einer Bewährungsfrist nicht zuständig. Der Haftbefehl gegen Ritzges wurde ebenfalls aufgehoben, jedoch soll er in Auslieferungshaft übergeführt werden.

Seht diese Patrioten

Die Großen Pensionäre lassen sich bitten. Bisher haben sich nur drei - darunter der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns - zu einem freiwilligen Opfer bereit erklärt. Danach scheint auch die Drohung des Reichsarbeitsministers, die Frage der Großen Pensionen unter Umständen durch Volkseinstimmigkeit zu regeln, auf die Herrschaften mit den zugeknöpften Taschen keinen Eindruck gemacht zu haben. Wie lange soll dieses aufreizende Schauspiel noch dauern?

Raum zu glauben

Der braunschweigische Finanzminister Franke, der wiederum im Begriff stand, sich der gegen ihn gerichteten Anklage wegen Begünstigung durch eine nochmalige Vertagung seines Prozesses bis auf weiteres zu entziehen, hat sich am Dienstag gegen Abend unter dem Druck der öffentlichen Kritik an seinem Verhalten gegenüber den Berliner Gerichtsbehörden bereit erklärt, am Sonnabend vor Gericht zu erscheinen.

Erneuter Vorschlag Englands

zur baldigen Einberufung einer Konferenz von Sachverständigen

Paris, 7. Juli (Eigener Drahtbericht).

Der englische Botschafter Lord Lytton hat dem französischen Außenminister am Dienstag-Nachmittag einen Besuch abgestattet und im Namen seiner Regierung den bereits vorige Woche gemachten Vorschlag der Einberufung einer Konferenz von Sachverständigen zur Regelung aller in dem französisch-amerikanischen Abkommen noch nicht geklärten Punkte erneuert. Die Konferenz soll in London stattfinden und zwar „so schnell als möglich“.

Es verlautet, daß die englische Regierung bereits den kommenden Montag für den Beginn der Konferenz vorgeschlagen hat. Briand soll dem Botschafter erwidert haben, daß die französische Regierung nichts gegen eine baldige Beratung von Beamten des französischen und englischen Schatzamtes einzuwenden habe, daß sie aber bitte, die Konferenz erst am Mittwoch oder Freitag der nächsten Woche einzuberufen. Eine Entscheidung ist bisher nicht gefallen.

London, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht).

In London ist man allgemein der Auffassung, daß während des Feiertages eine bessere Lösung der Frage der internationalen Schulden gefunden werden muß, wenn man sich nach 12 Monaten nicht wieder in einer ähnlich prekären Lage befinden will wie gegenwärtig. Die von Macdonald vorgeschlagene Konferenz soll sich deshalb mit den während der Pariser Verhandlungen nicht geklärten Fragen beschäftigen, aber zugleich die Möglichkeit zu Verhandlungen über das gesamte Problem der internationalen Schulden bieten.

Der „Daily Herald“ kritisiert in einem Leitartikel die Art, wie Frankreich den Hoover-Plan zum Anlaß eines Kaufhandels genommen habe, erklärt aber zugleich den Mut der französischen Regierung an, schließlich doch ihre ursprüngliche Haltung aufzugeben. Ueber die Aufgaben, die während des Feiertages zu lösen sind, sagt das Blatt: Daß der Plan in Kraft tritt, ist nicht genug. Dieses Jahr muß benutzt werden, nicht nur, um das ganze Problem der Schulden zu behandeln, sondern auch für weitgreifende Maßnahmen finanzieller Reformen. Vor allem muß es benutzt werden, um eine Reduzierung der Rücklagen durchzuführen.

Amerika zur Teilnahme bereit

Washington, 8. Juli. (Eig. Funkbericht).

Die amerikanische Regierung läßt mitteilen, daß sie bereit ist, sich an der Londoner Konferenz zu beteiligen. Sie gibt zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß auf dieser Konferenz, die im Geiste gegenseitigen guten Willens zusammentreten werde, die Vertreter der verschiedenen Regierungen bei den Bemühungen, die technischen Probleme der Anwendung des Hoover-Planes in einer Weise zu lösen, die voll dem Geiste und dem Sinne des Hoover'schen Vorschlages entspricht, nur auf geringe Schwierigkeiten stoßen werden.

Auch Frankreich bedingt dafür

Paris, 8. Juli. (Eigener Funkbericht).

Savas berichtet, daß die französische Regierung die englische Anregung, in der nächsten Woche eine Zusammenkunft des Komitees der Schatzamtschefs in London anzubahnen, angenommen hat. Die Konferenz hat den Zweck, die Durchführung des Deutschland bewilligten Moratoriums im einzelnen zu regeln.

Ausfallbürgschaft von 500 Millionen

Ein Vorschlag deutscher Unternehmer

Auf Veranlassung der Reichsregierung haben am Montag und Dienstag führende Unternehmungen der deutschen Wirtschaft in der Reichsbank über die Leistung einer Ausfallbürgschaft von 500 Millionen Mark verhandelt. Am Dienstag haben diese Firmen an den Reichsbankpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem unter Bezugnahme auf die Vorkämpfe des Präsidenten Hoover zunächst gesagt wird, daß es jetzt zunächst gelte, das Vertrauen auf und in Deutschland wiederherzustellen. Wörtlich fährt der Brief dann fort:

Wir haben uns entschlossen, unsere Mithilfe durch Zusammenfassung der deutschen wirtschaftlichen Kräfte in folgender Weise zur Verfügung zu stellen:

Unter Führung der deutschen Goldkreditbank wird von deutschen Unternehmungen aus Industrie, Banken, Schifffahrt und Handel ein Garantiefonds gebildet, der eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Reichsmark übernimmt, um diese Bürgschaft als Aktionärskraft der deutschen Goldkreditbank zu verstärken. Diese Summe wird auch einem bestimmten Prozentsatz auf die tausend größten deutschen Unternehmungen umzulegen sein, wobei an einen bereits vorhandenen Verteilungsschlüssel gedacht ist.

Wir sind uns bewußt, welches Obligo eine solche Summe für uns bedeutet, sind aber zu dieser Leistung bereit, um die deutsche Goldkreditbank, die sich bereits früher in ähnlicher Weise als eine Hilfe für die deutsche Wirtschaft bewährt hat, so zu stärken, daß sie über ihren bisherigen Rahmen hinaus wesentlich in der jetzigen schwierigen Übergangszeit als Kreditinstrument wertvolle Dienste leisten kann.

Diese unsere Garantieleistung kann jedoch nur wirksam werden, wenn es dem Reichsbankdirektorium gelingt, in der Zusammenarbeit mit den ausländischen Notenbanken die für die deutsche Wirtschaft und Kreditlage notwendigen Kreditleistungen unter Mitwirkung der ausländischen Bankwelt aus zu verschaffen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident, die zur Verwirklichung dieses Vorschlages notwendigen Maßnahmen alsbald in die Wege zu leiten.

Der Sinn der Aktion ist zunächst, weitere Kreditkündigungen und Depotschwandlungen ins Ausland abzustoppen und, wie der Reichsbankpräsident mitteilt, dem im Auslande noch immer vorhandenen Mißtrauen in großen Teilen der deutschen Wirtschaft zu begegnen. Die Solidaritätsbürgschaft im Vertrage von

Verlängerung des 400-Millionen-Kredits

Der Abzug von Devisen bei der Reichsbank belief sich gestern noch auf 25 Millionen. Unverkennbar ist in der Zurückziehung dieser Kredite ein gewisser Stillstand eingetreten, seitdem die Einigung mit Paris erfolgt ist. Der 400-Millionen-Kredit, die Reichsbank fast ganz in Anspruch nehmen mußte und der am 16. Juli fällig wird, soll verlängert werden.

Volkseinstimmigkeit am 9. August

Das preussische Staatsministerium hat Dienstag beschlossen, den Volkseinstimmigkeit wegen Lösung des preussischen Landtags am 9. August stattfinden zu lassen.

Jahre Gefängnis für Uralzeff

Dresden, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In dem Dresdner Uralzeff-Prozess wurde Uralzeff zu 3 Jahren Gefängnis, Dr. Steinmehk zu 6 Monaten, Schrader zu 3 Monaten, Bedenk ebenfalls zu 1 Jahr 3 Monaten, Ritzges zu 7 Monaten Gefängnis und Dr. Türt zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Falle Ritzges gilt die Strafe durch die

einer halben Milliarde soll ein Kraftbeweis sein gegenüber dem ausländischen Mißtrauen und dem Auslande vor allen Dingen die Möglichkeit geben, gewährte Kredite der Goldkreditbank zur Verfügung zu stellen, wenn sie den ausländischen Kreditgebern bei dem eigentlichen Kreditempfänger nicht sicher genug erscheinen. Technisch ist die Ausfallbürgschaft an die Voraussetzung gebunden, daß es der Reichsbank gelingt, mit den fremden Notenbanken zu einer Verständigung zu gelangen, in deren Verlauf die privaten Gläubiger der deutschen Wirtschaft die Zurückführung ihrer Kredite aus Deutschland einstellen. Wenn trotz des Abkommens in dem einen oder anderen Falle eine neue Kreditkündigung eintritt, so würde der Vorgang derart sein, daß die Goldkreditbank für diesen Kredit eintritt und sich an die ausländische Notenbank wendet, aus deren Bereich die Kündigung erfolgt ist.

Die deutsche Bank für Industrieobligationen ist bei der ganzen Aktion insofern beteiligt, als sie bereits die Unterlagen

besteht, auf Grund deren im Industriebelastungsgezet die Umlage auf die einzelnen an der Aktion beteiligten Unternehmungen festgelegt ist, sowie die Verteilung der Bürgschaften erfolgen kann. Hier besteht die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Aktes, zumal die Bank für Industrieobligationen nach den geltenden Bestimmungen andere Aufgaben hat, als ihr hier zugeordnet werden. Sie soll nicht durch den Reichstag, sondern durch Notverordnung mit der neuen technischen Aufgabe betraut werden.

Es bleibt noch die Frage offen, inwieweit die Industrie ihre Ausfallbürgschaft, wenn nicht bereits heute, so doch morgen zum Anlaß politischer Gegenforderungen, und zwar insbesondere hinsichtlich der Sozialpolitik nehmen wird. Wir haben bereits gestern angedeutet, daß in dieser Beziehung äußerste Vorsicht am Platze ist und dabei bleibt es.

In dieser Hinsicht wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf dem Posten sein.

Preußens Siedelungsarbeit im Landtage

Sozialdemokratischer Antrag fordert Tariftreue der Siedelungsgesellschaften — Schafft billigen Boden für die Siedler

Berlin, 7. Juli.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu einem letzten Sitzungsdienstag vor der Sommerpause zusammen.

Präsident Bartels gedenkt nach Eröffnung der Sitzung des Ablebens des kommunistischen Abg. Winterich. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen auf die übliche Weise, indem sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erheben. Als Nachfolger des verstorbenen Abg. Winterich tritt der Metallarbeiter P. K. Henke (Aktion) in den Landtag ein.

Der Präsident teilt dann mit, daß er bei der Kassauer Feier anlässlich des 100. Todestages des Freiherrn vom Stein den Landtag vertreten habe. Zum Andenken und zu Ehren des Schöpfers der kommunalen Selbstverwaltung habe er im Festsaal des Landtags eine Bronzestatue des Freiherrn vom Stein aufstellen lassen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Klein-Halensee eine persönliche Erklärung ab, in der er bezieht, aus der deutschnationalen Fraktion und Partei ausgeschlossen zu sein. Er sei aus der Partei ausgetreten, nicht aus Gegnerschaft zur Sozialpolitik der Partei, sondern lediglich auf Grund von internen Vorwürfen im Landesverband Potsdam II.

Das Haus bestätigt den Beschluß des Rechtsausschusses, der das Staatsministerium ermächtigt, bei dem Oberlandesgericht in Siedlitz eine Oberlandesgerichtspräsidentenstelle in eine Senatspräsidentenstelle umzuwandeln.

Es folgt die Beratung der Verordnung über die Siedelungsbank. Mit der Beratung verbunden werden die Gesetzentwürfe zur Änderung des Landesrentenbankgesetzes zur Förderung der Siedelung und über das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem preussischen Staat wegen des Kreditwesens für die ländliche Siedlung.

Abg. Jürgensen (Sd.):

Die Siedlungsfrage war längere Zeit ein Streitobjekt zwischen dem Reich und Preußen. Es ist zu begrüßen, daß nunmehr auf einheitlicher Grundlage gearbeitet werden soll. Wenn wir einmal ein Jahrzehnt Siedlungsarbeit in Preußen betrachten, dann sehen wir, daß Großes geleistet worden ist. So hat es sich seit 1918, also in 12 Jahren, ermöglichen lassen, 33.187 Stellen mit insgesamt 364.377 Hektar Fläche zu schaffen, wobei die Anliegersiedlung noch außer Betracht bleibt. Von einer Leistung im Jahre 1926 mit 1628 Stellen auf 22.159 Hektar Fläche sind wir im Jahre 1930 auf 7477 Stellen mit 82.316 Hektar Fläche gekommen. Das ist eine beachtenswerte Leistung, besonders wenn man bedenkt, daß aus den Kreisen des Großgrundbesitzes immer wieder heftige Angriffe gegen die Siedlungsaktivität kommen. Man höhnt, wie es im „Deutschen Adelsblatt“ ein Graf v. Dürschheim getan hat, der kurzerhand die Arbeit der Siedler als Pussleier der Greise bezeichnete. Angehts solcher Einstellungen wird nun endlich ein Teil der Bauern wach, und stellt die Frage, ob es so weiter gehen kann.

Die Herren vom Großgrundbesitz haben leicht spotten über die Tätigkeit der Bauern, denn für sie arbeiten andere. Sie treten die Interessen der Bauern mit Füßen, wie sie schon immer die Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten haben. (Zurufe rechts.) Ich erinnere nur daran, wie durch Heranziehung ausländischer Wandearbeiter die deutschen Arbeiter verdrängt worden sind, wie man versuchte, die Freizügigkeit zu unterbinden. In Wohnhöhlen kam die ganze Kulturwidrigkeit des Großgrund-

besitzes zum Ausdruck. Dabei hat nur das unbegrenzte Entgegenkommen der Regierung dem Großgrundbesitz das Leben überhaupt noch ermöglicht. Wie zum Beispiel die Dörfel gewirkt hat, kommt in der Erhöhung der Bodenpreise für umgeschuldete Besitz zum Ausdruck. Bei ganz gleichen Voraussetzungen wurden zum Beispiel für Besitz ohne Umschuldung 70 bis 120 Mark pro Morgen gezahlt, nach der Umschuldung jedoch 150 bis 220 Mark pro Morgen. (Hört, hört!)

Da haben die Herren Großgrundbesitzer alle Ursache zu schweigen; vor allem aber sollten sie das Höhnern, wie es im Adelsblatt geschehen ist, lassen.

Im übrigen kommt eine Bestätigung der Tatsache, daß der Großgrundbesitz sich nur durch staatliche Hilfe halten können, durch die Nachweisung der Preussischen Regierung über die Verwendung der Zwischkredite zum sprechenden Ausdruck. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die jetzt vorliegenden neuen Gesetze haben zum Ziel ein einheitliches Vorgehen bei allen Siedlungsbestrebungen.

Wenn wir uns gegen einzelne Bestimmungen, z. B. beim Landesrentenbankgesetz, Bedenken haben, so betrachten wir diese Gesetze aber als einheitliches Ganzes, an dem grundsätzliche Änderungen nicht möglich sind. Aber wir fürchten zum Beispiel, daß durch die Möglichkeit der Beteiligung der Siedlungsbank an Siedlungsunternehmen leicht Schaden für die Siedler entstehen kann. Wir hätten lieber gesehen, wenn die Landesrentenbank auch in Zukunft nur Rentenbriefe zur Finanzierung der Siedlung ausgeben würde, anstatt jetzt auch noch Hypotheken zu verwenden. Nun gibt das Gesetz aber die Möglichkeit, den Kreis der Siedlungsaktivität zu erweitern, wobei man auch gegen noch nicht sagen kann, ob die neuen Methoden die Zukunft für sich haben. Wir wollen aber, daß z. B. die Versuche mit der Oppenheimerschen Methode fortgesetzt werden, dagegen lehnen wir die sogenannte Primatissiedlung entschieden ab. Die Anliegersiedlung ist bisher auf zu geringer Fläche durchgeführt worden. Hier müssen alle Wünsche reiflos erfüllt werden. Wenn immer wieder behauptet wird, für Ostpreußen wird nichts getan, so sprechen die mir bekannten Zahlen eine andere Sprache. Allein auf Ostpreußen fallen 1930 nicht weniger als 2100 Stellen mit 24.000 Hektar von insgesamt 82.000 Hektar, die in diesem Jahr überhaupt besiedelt sind. Da kann man doch nicht sagen, für Ostpreußen sei nichts getan. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dabei ist bemerkenswert, daß hierbei private Siedlungen in fast gleicher Stärke beteiligt sind wie die offiziellen Stellen.

Das geschieht allerdings nicht aus Liebe zur Siedlung, sondern um Geschäfte zu machen.

Wenn jetzt die Siedlungsbank sich auch noch beteiligt, so können dadurch Gefahren für die Siedler entstehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Boden muß so billig wie möglich in die Hand der Siedler kommen, denn um so niedriger werden die für solche Zwecke anzunehmenden Mittel sein. Eine scharfe Kontrolle auf diesem Gebiet ist dringend erforderlich, und die Landesrentenbank wird mit der Verabschiedung dieses Gesetzes in ihrer Bedeutung stark gehoben.

Wir haben im Ausschuss unserer Forderung Ausdruck gegeben, Landarbeiter mehr noch als bisher anzuhilfen. Die Regierung hat zugefagt, diesen Wunsch zu erfüllen, und wir wollen auch hier noch einmal auf reiflose Erfüllung dringen. Dabei ist es not-

wendig, die Preise für Landarbeiterfriedung den Grundbesitzern gegenüber zu senken. Es ist nicht einzusehen, warum Landarbeitern höhere Preise genommen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Nachdrücklich betonen wir, daß bei allen Bauausführungen Siedlungsweihen die Tarifverträge eingehalten sind. (Sehr wahr!) Wir haben einen entsprechenden Antrag auch hier im Plenum gebracht. Die Kulturämter müssen scharf kontrollieren, nicht ob gutes Material Verwendung findet, sondern auch, daß die Landarbeiter zu tariflicher Entlohnung beschäftigt werden. Es werden bald die Lagen verkümmern, die jetzt noch über die Bauausführung kommen. (Sehr wahr!)

Der Beruf der Siedler ist ein schwerer, denn diese Tätigkeit erfordert außerordentliche Ansprüche an den Menschen. Deshalb haben die Siedler auch Anspruch auf staatliche Hilfe. Andererseits haben die Siedler auch Bedenken, daß die Stelle der Steuerzahler laftet. Wenn so gegenständig Verständnis aufgebracht wird, werden die vorliegenden Gesetze zum Nutzen des Siedlers gedankens ausfallen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.) meint, daß die Sozialdemokratie nicht für sich allein die Fürsorge für die Landarbeiter in Anspruch nehmen dürfen. Auch die Deutschnationalen hätten sich hier zu bemühen. Es sei notwendig, vom Westen nach dem Osten zu ziehen.

Abg. Schmeller (Z.) setzt sich für die Vorlagen ein, die Förderung der Siedlung dienen. Um den Siedlern die Arbeit zu erleichtern, müßten die ländlichen Transportwege verbessert werden.

Abg. Kerff (Komm.) wendet sich gegen die Vorlagen, die zusammen mit der Agrarpolitik des Reiches fastjählichen Charakter hätten.

Abg. Dr. Rose (D. Sp.) stimmt den Vorlagen, wenn auch vielen Vorbehalten, zu.

Abg. Dr. Bonst (Dt. Fraktion) erklärt, daß konfessionelle Fragen bei der Siedlung keine Rolle spielen dürfen. Den Umfragen der Tarifverträge für das landwirtschaftliche Siedlungsgebiet lehnen seine Freunde ab. Abg. Bachhoff de Wente (Staats) stimmt den Vorlagen zu. Abg. Leonhardt (Wirtsch.) erklärt, seine Fraktion der Verordnung im Prinzip zustimmen, aber gewisse Bestimmungen Bedenken habe. — Damit ist die Aussprache beendet. Nach der Einzelabstimmung wird die Schlußabstimmung auf Donnerstag vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr. Tagesordnung: Stahelmannsches Gesetz, in Verbindung damit Verbot der Sparta und die deutschnationalen Anträge wegen des Verbots der Ruffunk-Übertragung des Breslauer Stahelmanns-Tages.

Wie gut sie sich kennen

Zwischen dem Patentrevier-Obersteuerrat Ahlemann und dem Hauje Lubendorff ist eine heftige Fehde entbrannt. Früher einmal war man ein Herz und eine Seele und man war zusammen in Lubendorffs Tannenbergs-Bund. Zwischen Herr Ahlemann und dem Weg zu den Fleischhaken des Brauens hat sich gefunden und nun entzündet er das Haus Lubendorff. Er hat Vorgesichte und die Betten der Margarete von Lubendorff. Lubendorff von ihren Augenbahren bis auf heutigen Tag durchhöbert und erzählt nun der Öffentlichkeit Einzelheiten aus ihrem intimsten Liebesleben.

Das Haus Lubendorff veranlagt sich ebenfalls nicht gerant. Es läßt durch seine Vorkühler der Öffentlichkeit mitteilen, Herr Ahlemann verbreite bodenlos gemeine Lügen, er sei längst aus dem Tannenbergs-Bund hinausgeschmissen worden, er sei ein Kerl, dem jeder ins Gesicht spucken dürfe, der ihn treffe. Die Abmündung Ahlemanns von Lubendorff sei erfolgt, nachdem Ahlemann Lubendorff mehrere tausend Mark betrogen habe und sich dann zum Zeugen müssen, daß aus Lubendorff nichts mehr herauszubringen ist.

Das sind wirklich keine Leute! Der ehemalige Reichs-Obersteuerrat, der den Betrugsmitteln einer Frau nachschüffelt und sie veröffentlicht, und der ehemalige kaiserliche General, der den ehemals kaiserlichen Obersteuerrat als Lügner und Betrüger bezeichnet. Die Herrschaften sind alte Bekannte und wenn sich alte Bekannte verfeinden, dann pflegt es immer interessant zu werden.

Hausfuchungen und Verhaftungen bei den Kieler Nazis

Die Hausfuchung in der Geschäftsstelle der Kieler Nationalsozialisten ist am Dienstag nachmittag beendet worden, so daß die Polizei die Geschäftsstelle wieder freigab. Außer dem Gruppenleiter der Kieler Nazis ist auch der Kieler Geschäftsführer der NSDAP. verhaftet worden.

Sonst können sie nichts

Seit langem bemühen sich die Kommunisten, den Deutschen Landarbeiterverband das Wasser abzugraben. Da sie jetzt keinen Erfolg hatten, versuchen sie es nunmehr mit einer Streikhege unter den Landarbeitern. Daß man wähen „Erntestreiks“ nur den Agrariern ein Gefallen erwiesen wird, sehen die großen Strategen der KPD. nicht ein.

Ein Erntestreik — das wäre das beste Mittel, um den freiwilligen Arbeitsdienst kleinstmöglich auf Kosten der Arbeiter in Schwung zu bringen.

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann (Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.)

65) (Nachdruck verboten)

Der große Topp starrte noch immer auf Theo Tass Trill. Er kam nicht ins Klare. Irgendwo hatte ein Mißtrauen fest. Als er Mine Linnekogel im hellen Lichte sah, wurde sein Argwohn noch stärker. Ganz geheuer war die Sache mit dem Jungen und dem Mädchen sicher nicht.

Theo Tass Trill las diesen Argwohn vom Gesichte des Bürgermeisters. Er überrumpelte den Alien nunmehr vollends, indem er erklärte: „Übrigens eine fremdige Mitteilung für Sie, Herr Bürgermeister. Der Streik findet nicht statt.“

Zwar war es im Saale nicht zu einem Beschlusse gekommen, aber soviel hatte Theo Tass Trill aus der Rede des Berliner nebenan herausgehört, daß der Padelwitz Arbeiter vor einem Streik warnte. Die Zeit sei nicht günstig, hatte der Redner geurteilt, man müsse eine taktisch bessere Situation abwarten. Bei dieser Wendung war Beifall laut geworden.

„Hm! Ist das sicher, mein Junger?“

„Bestimmt!“

„Mit dieser Nachricht hast Du Dir ein Verdienst am Padelwitz erworben. Laß Dich amarnen.“

„Er ist mein Patent!“ setzte er zufrieden, zu Mine Linnekogel gewandt, hinzu.

Die Drei setzten sich nunmehr an den Tisch. Die Grog wurden mit einem Schluck heruntergeschluckt. Topp bestellte neue Mine verschwand. Theo Tass Trill schickte Rauchringe gegen die Lampe. Ole Karsten stopfte sich die Pfeife. Der Bürgermeister sah gedankenverloren in der Sofasecke und räusperte sich die Ereignisse, die hinter ihm lagen, zusammen.

„Du bist also wirklich ... nur deshalb ... hierher ... gekommen?“ fragte er dann, noch immer im Zweifel.

„Warum sonst?“

Theo Tass Trill wußte, daß ihm nur Frechheit helfen konnte. Er merkte auch gleich den Erfolg, denn Topp wiegte unemischlossen den Kopf hin und her und rückte mit seinem Argwohn nicht heraus. Er sah von der Seite her verlegen auf den Jungen.

„Ich meine nur“, lenkte er ein, „mir will es gar nicht in den Sinn, wie Du auf diesen Gedanken gekommen bist. Es war doch nicht ohne Gefahr für Dich?“

„Gefahr? Wenn es um den Frieden meiner Vaterstadt Padelwitz geht? Gefahr? Daß ich nicht lachel Vor dem Gesindel von nebenan noch Angst haben? Hahahahahaha!“

Der große Topp war starr. Ihm wurde es immer klarer, daß Mademoiselle Kathrein kein Sterbenswörtchen von seiner Angst und der Unerschrockenheit des Jungen hören durfte. Sie hätten ihren Spott kaum gezögert.

Zur rechten Zeit fiel Theo Tass Trill noch ein Wort aus den Sonntags-Theaterproben ein. Er zitierte mit Schwung: „Mein Wahlpruch ist das Wort Schillers: Der Starke ist am mächtigsten allein!“

„Prost, segg ik!“ fiel Ole Karsten ein, denn Mine hatte inzwischen wieder drei Grog auf den Tisch gestellt. Sie reichte Theo Tass Trill selbst das Glas herüber und flüsterte ihm zu: „In deinem Glase ist Teuf!“

Er zwickte sie zum Dank in irgend eine Rundlichkeit.

Der große Topp ließ eine Runde nach der anderen aufziehen. Er bestellte sogar für Theo Tass Trill Zigaretten. Dabei verpflichtete er ihn zum unverbrüchlichen Stillschweigen.

„Ich nehme Dir das Ehrenwort als Stadtoberhaupt, dem die Polizeigewalt zusteht, ab, mein Junger!“ erläuterte er. „Das ist für Dich ehrenvoll. Politische Sachen müssen diskret behandelt werden. Aber in meinem persönlichen Bericht

nach oben werde ich Deine Verdienste nicht nur ins Licht stellen, sondern über Gebühr herausstreichen. Das wird Dir für später den Weg ebnen. Zum mindesten beim Militärdienst wenn Du Dein Jahr abdienst. Du willst doch einmal Reserveoffizier werden?“

„Prost! Herr Bürgermeister! 's is noch all's god aplopen! unterbrach der Nachtwächter. Später nahm der große Topp noch August Linnekogel und Mine einen Schwur ab. Auch die beiden waren bereit, den Mund zu halten.

„Dann noch eine Lage Grog, Mine!“ rief er in guter Laune, „und dann kommst Du zu mir auf das Sofa!“

Mine ließ sich das nicht zweimal sagen. Sie legte sogar den Arm um ihn. Theo Tass Trill stand Hüllenqualen aus. Die Stöße, die ihm Mine dann und wann mit dem Fuß zuteil werden ließ, trösteten ihn wenig, denn der große Topp wurde von Glas zu Glas immer zärtlicher und liebebedürftiger.

Mine merkte es wohl. Beim Hinansgehen paßte sie dem Eifersüchtigen ab und machte ihm rasch klar, daß es gelte, den Argwohn völlig zu beseitigen. Sie küßte ihn und versprach: „Du kommst heute noch auf Deine Rechnung, mein Junge. Laß man gut sein!“

Beim zehnten Grog fing Topp an, Liebeslieder zu singen. Er erklärte, in Stimmung zu sein und früher einen guten Sänger abgegeben zu haben.

„Dann man tau!“ sagte lachend Mine. „Mir wird schon langweilig. Ole Karsten schnarcht und so ein junger Herr, wie der dort drüben, ist nichts für mein Alter. Der könnte ja mein Bübchen sein. Aber Sie, Herr Bürgermeister, mit Ihrer Stättlichkeit, Sie sind etwas für mich.“

Daraufhin stimmte Topp das Schelmenliedlein an: „Mine, laß mit upp dat Finster!“ und ließ gleich „Täu man beten, täuw man beten, ik will bi dee Jünfer slapen!“ folgen. Er war schon so selig, daß Theo Tass Trill langsam näher rückte und ab und zu Mine in den Schenkel kniefen konnte. Sie zog ihn dafür hinter Toppes Rücken an den Ohrläppchen.

(Fortsetzung folgt)

Ein wertvolles Geständnis

Kampf der KPD. wurde bisher nur gegen die Sozialdemokratie geführt — Der Kapitalismus und die Bourgeoisie waren beinahe vergessen, sagt Teddy Thälmann

Auf einer Sitzung des kommunistischen Exekutivkomitees in Moskau berichtete Thälmann einen langen Bericht über die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD. vorlesen. In diesem Bericht findet sich der folgende Absatz:

"Damit komme ich zu dem entscheidenden Punkt für unsere Arbeit in Deutschland. Wir hatten uns sehr daran gewöhnt, nach dem Krieg unsere Propaganda, den Kampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie zu führen, als das Hauptziel der proletarischen Revolution und damit einer der wichtigsten Stützen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung. Aber wir in unserem äußeren Auftreten, ich betone ausdrücklich: in unserem äußeren Auftreten, manchmal den Kapitalismus und die Bourgeoisie schon beinahe vergessen."

Das ist ein wertvolles Geständnis. Es enthüllt ungewollt die Kommunisten in ihrem wahren Wesen. Sie haben vergessen, dass der Kapitalismus der Feind der Arbeiterklasse ist, sie haben vergessen, dass es eine Bourgeoisie gibt, und das alles in ihrem öffentlichen Auftreten, ohnmächtigen Haß gegen die Sozialdemokratie!

Das große Maul und die Heße gegen die Sozialdemokratie aber die Unbekümmertheit gegenüber dem Kapitalismus. Man lasse diese Worte, die Teddy Thälmann in Moskau vorlesen hat, untergehen lassen; denn täglich liefert die kommunistische Propaganda neue Beweise dafür, wie treffend diese Charakteristik ist.

Politik oder Verbrechen?

Die kommunistische Partei benutzt die kritische Situation, in der sich die deutsche Arbeiterklasse auf dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise befindet, zu verbrecherischen Aktionen nach dem Muster von 1923. Mit Jubel sieht sie das Glend, das über die deutsche Arbeiterklasse gekommen ist. Sie will es nicht ändern, sie will lediglich die verzweifelte Stimmung der Erwerbslosen und die in täglicher Ungewissheit über ihre Arbeitsstelle lebenden Arbeiter für ihre Zwecke ausnutzen. Sie will den Bürgerkrieg stürzen, sie will ein Chaos herbeiführen, das noch schlimmer sein würde als der schreckliche Bürgerkrieg, in dem Deutschland in den Jahren nach der bolschewistischen Revolution versunken ist.

In der Bürgerkriegsheße begegnen sich die Absichten der Kommunisten mit denen der Nationalsozialisten. Die rechtsextremen Kräfte in Deutschland warten nur auf einen Anlaß, die Mächtigkeit zur Entfesselung einer Militärdiktatur mit ähnlichen Methoden geben soll. Die Kommunisten sind gewillt, diesen Anlaß zu liefern. Da die Generalstreikpropaganda der Kommunisten täglich ins Wasser gefallen ist, versuchen sie nun wieder mit der Methode der Provokationen. Diese Methode ist bekannt. Sie zielt darauf ab, ihre Anhänger zu Zusammenstößen mit der Staatsgewalt anzureizen. Wenn diese Methode Erfolg hat, wenn blutige Opfer die Folge der Provokation sind, dann entrichten sich die Provokateure schamlos über das Eingreifen der Staatsgewalt. Diese Methode der Provokationen ist wohl vorbereitet. Die kommunistische Partei hat Bürgerkriegsspezialisten geschult, ihre wilden Provokationen sind organisiert, sie sind so angelegt, daß sie zu Zusammenstößen führen müssen.

Es ist bezeichnend, daß diese provokatorische Taktik vorzugsweise in Preußen geübt wird. Die Provokateure rechnen mit der Unterstützung der Preußenregierung und des sozialdemokratischen Innenministers. Hätte Preußen eine Rechtsregierung, so würde der Kampf in legalen Formen, wie sie den demokratischen Forderungen der deutschen Arbeiterbewegung entsprechen, von der Sozialdemokratie geführt werden müssen — die Kommunisten, die jetzt das Maul aufreißen und verbrecherische Provokationen treiben, würden dann ins Maulloch kriechen.

Die kommunistische Partei weiß, daß sich ihrem Versuch, die deutsche Arbeiterklasse in ein Chaos von Blut und Schrecken zu stürzen, ein unübersteigliches Hindernis in den Weg stellt: die sozialdemokratische Partei. Deshalb verfolgt die kommunistische Partei die deutsche Sozialdemokratie mit abgrundtiefer Haß. Sie versucht, mit Spitzelmethoden Spaltplätze in die sozialdemokratischen Organisationen zu tragen. Sie schmirt sich einerseits an der Einheitsfrontparole an die Sozialdemokraten heran, andererseits versucht sie zu spalten und zu zerschlagen. Sie will Programme auf, nach denen nach ihrer Meinung oppositionelle Sozialdemokraten handeln müßten. Sie empfiehlt Organisation einer Opposition innerhalb der Sozialdemokratie, mit der sie im Trüben fischen hofft. Sie redet deshalb heuchlerisch von Kameradschaftlichkeit, von Regelung der Sprache der kommunistischen Organe gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern. Auf der anderen Seite aber betreibt sie maßlose verbrecherische Mordheße gegen sozialdemokratische Funktionäre wie gegen sozialdemokratische Schutzpolizeibeamte. Sie provoziert, um sich Material für die Fortleitung dieser Heße beschaffen!

Die kommunistische Partei hat in Köln Flugzettel verbreiten lassen, durch die die Arbeitslosen aufgefordert wurden, auf den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten aus dem Hinterhalt zu schießen. In Berlin sind zwei freigewerkschaftliche Polizeibeamte, die Sozialdemokraten Jänkert und Ruffeld, dieser Mordheße bereits zum Opfer gefallen. Als der Sozialdemokrat Jänkert in einem Kommuniqué erschossen wurde, hat die „Rote Fahne“ einen Artikel über das Opfer veröffentlicht, aus der die tiefe Genugung der Provokateure über den Erfolg ihrer Mordheße sprach. Nach der Ermordung des Sozialdemokraten Ruffeld hat die kommunistische Presse kein Wort des Bedauerns gefunden. Derartige Taten stehen auf ihrem Programm, die Provokateure müssen mit ihnen rechnen, und sie haben damit gerechnet.

In der Taktik der kommunistischen Partei kommt der verbrecherische Geist des Mordes aus dem Hinterhalt des Abziehens des politischen Gegners zum Ausdruck, der systematisch von ihr von der Sakentzenpartei geübt worden ist. Das ist nicht mehr Politik, das ist Verbrechen!

Die Methode der Provokation hat nichts gemein mit der rechten Empörung, die das arbeitende Volk auf dem Tiefpunkt der Krise erfüllt, nichts mit der gerechten politischen Aufwallung der deutschen Arbeiterklasse gegen die sozialen Brutalitäten der kapitalistischen Herrschaft, nichts gemein mit den Kampfaktionen der organisierten deutschen Arbeiter. Die Heße zu Werkzeugen der Provokation machen, die kaltblütig aus dem Hinterhalt auf sozialdemokratische Polizeibeamte schießen, die sind wahrhaftig nicht die Vertreter des kämpfenden deutschen Proletariats! Diese provokatorische Methode bedeutet eine ungeheure Gefahr für die deutsche Arbeiterbewegung!

Hochverratsurteile gegen Kommunisten in Finnland

Helsingfors, 7. Juli.
Das Oberlandesgericht in Wasa hat 12 Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Zuchthaus von ein bis drei Jahren verurteilt.

Das ist der Faschismus!

„Aufrechterhalten wird diese Diktatur (in Italien) durch ein ungeheures Polizei- und Spitzelheer und vor allem durch die aus 300 000 Mann bestehende faschistische Parteilgarde, die das italienische Volk außer dem königlichen Heer von 175 000 Mann und einer Gendarmerie von 60 000 Mann bezahlen muß.“

(Aus der Broschüre: „Diktatur“.)

So und noch schlimmer würde das „Dritte Reich“ der Nazis in Deutschland aussahen, wenn sie an die Macht kämen.

Kurze Meldungen

Auf Veranlassung der Sowjetregierung finden zurzeit in ganz Rußland große Gewerkschaftsversammlungen statt, in denen im Sinne der jüngsten Erklärungen Stalins lange Entschlüsse angenommen werden. Protest gegen die von Stalin angekündigte Revision der Löhne und Gehälter ist unter dem Druck des Apparates bisher nirgendwo laut geworden.

Das Preussische Staatsministerium hat am Dienstag beschlossen, den kommissarischen Regierungspräsidenten in Stettin, Dr. Simons, zum Regierungspräsidenten in Liegnitz zu ernennen. Simons ist der Sohn des früheren Reichsgerichtspräsidenten. Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Breslauer Produktenbörse vom 6. Juli

Alltägliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 7. Juli 1931. An der Börse im Großhandel gezeigte Preise für volle Wagenladungen, in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis). Weizen, Roggen, Hafer und Gerste für 1000 kg = 1 Tonne frachtfrei Breslau. Deulaaten, Pflanzrüben, Futtermittel, Mehl 100 kg Sämereien 50 kg Kartoffeln, Raufutter 50 kg ab Erzeugerstation

Getreide:	Tägliche Alltägliche Notierungen.	
	7.	6.
Weizen (schlesischer)		
Hektoltergewicht von 74,0 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	265.00	270.00
Hektoltergewicht von 76,0 kg gut, gesund und trocken	268.00	273.00
Hektoltergewicht von 72,0 kg trocken für Mülereizecke verwendbar	260.00	265.00
Sommerweizen, hart, glatt, 80 kg ...	—	—
Roggen (schlesischer)		
Hektoltergewicht von 70,5 kg Durchschn. Qual., gesund u. trocken	200.00	207.00
Hektoltergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—	—
Hektoltergewicht von 68,5 kg trocken für Mülereizecke verwendbar	195.00	202.00
Hafer, mittlere Art und Güte	185.00	185.00
Erbsen, beste	—	—
gute	—	—
Sommergerste, mittlere Art und Güte	—	—
Wintergerste 63-64 kg	155.00	158.00

Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggongefüllt Breslau in voll. 15 Tonnenladungen

Zwangsbedingungen bei Roggen bedingen irreguläre Preise. Tendenz: Matt.

21 fache Anwendung
2 fache Wirkung!



Reinheit
u. Glanz

Außerordentlich bequem ist die Anwendung des neuen "4711" Doppel-Shampoos. Man verreibt einfach das Pulver auf dem vorher gut durchfeuchteten Haar, denn der neue "4711" Doppel-Shampoo löst sich direkt auf dem Kopfe auf. Schon während sich - unter leichtem Massieren - der Schaum bildet, reinigt er Haar und Kopfhaut gründlich, ohne jedoch die Struktur und die Lebensfähigkeit des Haares zu gefährden. Die zweite Wirkung zeigt sich beim Nachspülen. Durch besondere Zusätze wird der natürliche Glanz des Haares übersaus wirksam zur Geltung gebracht. Beide Pulver - das für die Reinigung und das für den Glanz - sind vereinigt im "4711" Doppel-Shampoo. Daher der Merksatz: 1 fache Anwendung - 2 fache Wirkung.

1 Beutel * 25 Pfg.

Reicht für 2 gründliche Waschungen.

S. 4711



Doppel-Shampoo

Inhalt ein Glanzmittel

Am 6. Juli verschied nach kurzem Krankenlager plötzlich und unerwartet unsere liebe, gute Tochter und Schwester, Nichte und Cousine

Fräulein Martha Reimann

im Alter von 39 Jahren.
Breslau, Steinauer Straße 15, den 8. Juli 1931.

Schmerz erfüllt zeigen dies an:
Karl Reimann als Vater
Fritz Reimann als Bruder

Beerdigung: Freitag, den 10. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des ev. Friedhofes (Barbara) in Cosel aus. 6526

Danksagung! Statt Karten!

Außerstande, jedem einzeln zu danken für die wohlthuenden Beweise herzlicher Anteilnahme, sowie für die herrlichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, des **Gastwirts**

Karl Koschek

sagen wir auf diesem Wege unseren tiefsten Dank.

Besonderen Dank allen beteiligten Vereinen, den Mietern des Hauses Luisenstraße 13, allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Pfarrer Grieger für seine trostreichen Worte am Grabe.

Breslau, im Juli 1931 6525

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

LIEBICH Theater
Tel. 508 34
Tel. 611, Uhr

Liebe mich

32 Bilder, 60 Mitwirk.
für 50 Pl. Ork. 250
Sois. 2 Mk.
Vorverkauf 12 - 2 Uhr

AKAZAR
NEUE TASCHESTR. 31
und
BROADWAY
GARTENSTR. 65
VERGNÜGLINGS-
VARIETE-TANZ-
PALASTE.

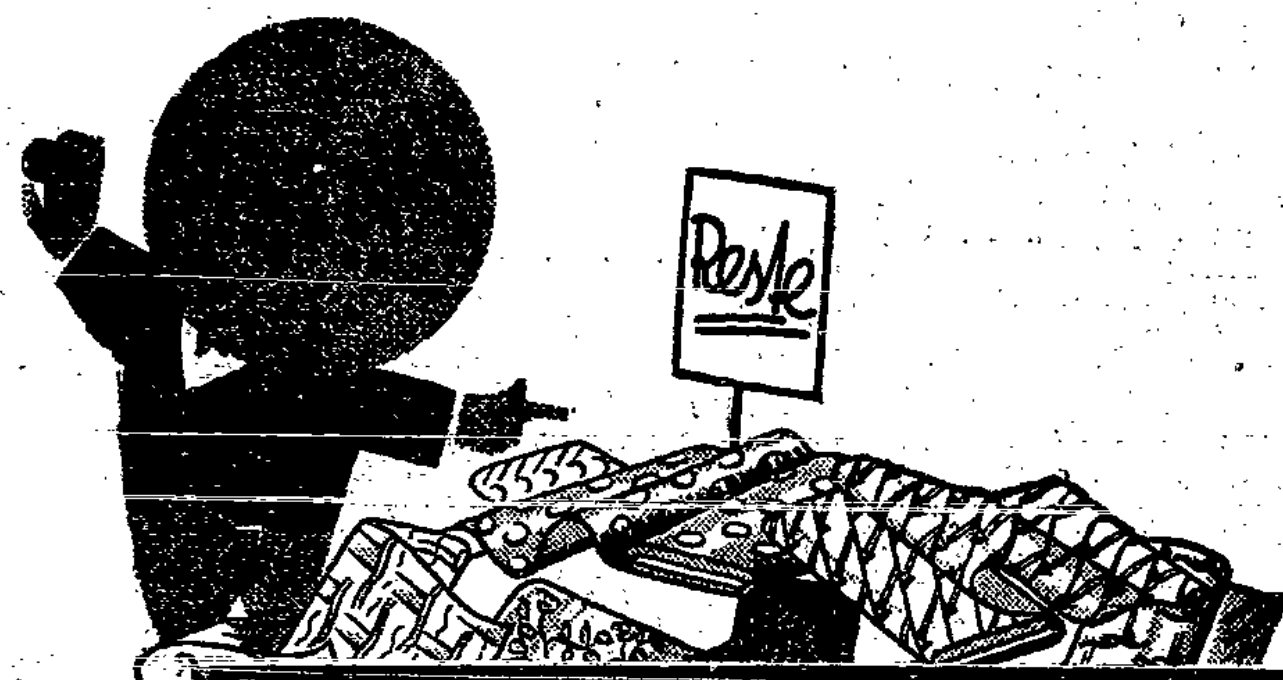
Kurgarten Kleinburg
Heute sowie
jeden Mittwoch:
Ab 8 Uhr
im Saal:
Täglich: Garten-Freikonzert
Von jetzt
ab auch
jed. Sonnabend Kurgartenball

Kaffeehaus
11963
Birkenwäldchen
an der Fußbrücke, Haltestelle der Linien 1, 9, 18
Kaffeebetrieb
Tägl. musik. Unterhaltung (auch Radioübertragung)
Anerkannt gute Küche, reichhaltige Speisekarte
Gutgefliegte biesige sowie bayr. Biere u. Weine
Jeden Mittwoch: Eisbeine

Bitte bei allen Ein-
käufen stets die
Interenten
unserer Zeitung
an berücksichtigen

Speziate erzielen in
der "Volkswacht"
den größten Erfolg

Möb
gebraucht
spottbillig
Küchliche, rund
Zweizugliche
Vierzugliche, N.
Horizontisch 15
Küchliche Tisch
Bettstellen, alt
mit Matratzen
Schreibtisch 3
Friseurspiegel
Waschtollette
einfache und
Einzeln Kredel
Flurgarderobe
Speiseschrank
Sofas
Nachttische
Spiegel
S. Brandt &
Gartenstraße 6
(Broadway)



Reste und Restposten raus!

Große Mengen
zu lächerlich billigen Preisen!

z. B. washseidene Strümpfe
mit kleinen Fehlern für 28 Pfg.

Reste aus unseren Seiden- und Baumwoll-
waren-Abteilungen usw. usw. halb geschenkt.
Restposten Tischdecken, Bettwäsche, Schlaf-
decken, Gardinen, Kleider und Mäntel,
Herrenwäsche usw. usw. unerhört billig!

TRETZ

Verzogen
Dr. Wilhelm Sossinka
Nervenarzt
nach Hohenzollernstr. 69 hpt.
Ecke Charlottenstraße, am Hühnerplatz
Sprechst. wo. 8-10, 3-5, auß. Sonnabend nachm.
Auswärtige bitte Voranmeldung. Fernruf 50116

Riesenauswahl in
Schlafzimmern
Aparte Modelle
in jeder Preislage
Große Auswahl
moderner
Küchen
Unsere Preise
Ihr Vorteil!
Möbel-Industrie
Knorr & Co.
Weidenburger Straße 6.

Lebensbilder
erschaffen von **Willy Cohn**
Friedrich Engels
Mit 1 Bild: 50 Pfennig
Buchhandlung Volkswacht

August Bebel

schrieb das Vorwort für

Adelheid Popp

Jugendgeschichte einer Arbeiterin

broschiert Mk. 1.00
gebunden Mk. 2.00

Zu haben bei den
Volkswacht-Buchhandlungen
Breslau Neue Graupenstr. 5 Flurstr. 4



Heute:

Schlussstag

Saison- Ausverkauf

**Wir halten durch bis zur
letzten Stunde!**

Kapitel Die allgemeine Bewegung	Wieder zu haben ist: Eduard David Der	Kapitel Wie arbeite ich eine Rede aus?
Kapitel Die politische Tendenz	Referenten Führer	Kapitel Winkel für das Auftreten
Kapitel Die Technik des Sprechens	Bedeutend erweitert	Kapitel Die polit. Praxis der Sozialdemokratie
Kapitel Die Geschichte der sozialistischen Bewegung	Preis kart. M. 1.50 Preis geb. M. 2.50 Stets vorrätig bei den	Kapitel Die Technik der politischen Tagespresse

Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. Nr. 5 :: Flurstraße Nr. 4 :: Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 10

Drucker
Volkswacht
BRESLAU
Flurstraße 4
übernimmt die
fertigung sämtl.
Druck-Arbeiten
Industrie, Handel,
eine u. Gewerksch.
in ein- u. mehrfarb.
Ausführung bei p.
werter Berechnung
schnellster Ueberf.

Spezialität
Massenauftrag
(Rotationsdruck)

Bettstelle
dunkel poliert, mit
und Auflage-Matratze
80.-
Spiegelschrank
98.-
Teilzahlung gestattet
Giesel, Breite

Die „Frauenwacht“
den Frauen zum
Denken und Sch.

Frauenwacht
Eine Halbmonats-
zeitschrift für die
Frauen der schaffenden
Klassen
Preis 35 Pf.
Zu bestellen
bei all. Zeitungsgebl.

Robnungen
Fräulein mit 11. Bild
1. Bild zeigt 11. Bild
mit Rosen, mögl. für
20 Pf. bald ab. Später
Gr. 152 an die Volkswacht
buchh., Neue Graupenstr.

Stille Einzelgeb.
Für Komplex gezeigte
wichtige Einzelgeb. mit
Karten, Kaufgeboten u.
von Brinn. u. a.
3 Bände, je 4 Pf.

Stille. Kleiner (54
format) mit roten, u.
für Einzelgeb. preisw.
verfügen. Näheres
Gr. 49 III. Bild.

Breslauer Nachrichten

Vor den Schranken des Gerichts

Schwere Benachteiligung von Dissidenten

Prüft Cure Kirchenaustritts-Beschneidungen Vom Deutschen Freidenker-Verband wird uns geschrieben: Die unklare Rechtslage über Kirchenaustritt und dessen Folgen...

§ 218

forderte ein neues Opfer

Vor einigen Tagen wurde die 23jährige Hausangehörige St. ins Marienkrankenhaus eingeliefert. Es war ein tiefer Eingriff an ihr vorgenommen worden...

Gummiknäuel für 4.50 Mark

Der jugräftige Schaufensterartikel eines Galantrezuhändlers Die Nazis geben zwar alle Tage und bei allen möglichen Gelegenheiten vor, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden retten zu wollen...

Natürlich ist auch in Breslau eine solche Zeugnisselei die Nazis deden dort auch ihren Bedarf. Aber trotzdem gibt es auch einen Geschäftsmann, der alles Heil vom dritten Reich erwarten scheint...

Feuer in der Wälderei und in einer Wälderei

Gegen 8.30 Uhr wurde die Feuerwehr nach Kohlenberg 1719 alarmiert. Dort war in dem zu ebener Erde gelegenen Raum einer Chemischen Wälderei das zum Reinigen einer Kleidungsstücke verwendete Benzin durch die sich dabei entzündete Elektrizität zur Entzündung gekommen...

Zweimal das Bein gebrochen

Am Montag früh riefen an der Ede Adalbert- und Schwenkstraße ein Kasko und der Motorradfahrer St. aus dem Mühlental zusammen, wobei letzterer unter das Kasko geriet...

Verkehrsunfall

Kurz hinter der Endstation der Straßenbahn in der Ofener Straße fuhr heute früh gegen 4 Uhr ein Kaskowagen an das Überdach eines Fußwegs an, das er überholen wollte...

Immer wieder Meineidsprozesse

Vor dem Schwurgericht wurden dieser Tage zwei Meineidsprozesse verhandelt, die beide hätten vielleicht vermieden werden können. Bei der einen Angeklagten kam das Gericht auch auf Grund des ärztlichen Gutachtens zu der Überzeugung...

Die beiden jungen Mädchen waren im Juli 1929 bei einer Schlägerei dabei gewesen, die sich auf der Adalbertstraße abspielte. Die Folge war ein Prozeß gegen drei junge Mädchen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt...

Häufiger Meineid im Ehescheidungsverfahren

Die weitaus größte Anzahl der Meineide wird jedoch in Ehescheidungsverfahren geleistet. Unter der Anklage, wissentlich einen Meineid geleistet zu haben, hatte sich eine 43jährige Ehefrau zu verantworten...

Das Absenkoncert von Sanssouci

Im März d. J. wurden wir bekanntlich als Ersatz für den Remarquefilm mit dem „Absenkoncert von Sanssouci“ beglückt. Im Festspielhaus am Lehndamm kam es dann während einer Vorstellung zu einem Tumult, denn eine Reihe von Besuchern...

Dem Pferd die Zunge herausgerissen

Der Kutscher August K., der auf dem Dominium in Hundsfeld beschäftigt war, hatte wegen Tierquälerei einen Strafbefehl über die höchst zulässige Strafe von 150 Mark bekommen. Er hatte sich eine Tierquälerei von festerer Natur zu schulden kommen lassen...

Beim Baden ertrunken?

Seit Montag wird der 29 Jahre alte Versicherungsinspektor Franz Kuska aus der Andersenstraße 6/8 vermisst. Er hatte bei seinem Fortgehen am Nachmittage angegeben, haben gehen zu wollen...

Von einem Auto angefahren

Als gestern mittag der Kaufmann J. vom Reichspräsidentenplatz an einer Straßenbahn-Haltestelle am Sonnenplatz aus einem Straßenbahnwagen der Linie 13 ausstieg, wurde er von einem Personenkraftwagen angerissen...

Nazi-Goebel wieder verurteilt

Am Sonnabend gab Nazi-Goebel wieder einmal ein Gastspiel vor dem Großen Schöffengericht. Mitangeklagt war der Färbereiarbeiter Lamme aus Bunzlau. Lamme hatte über eine nationalsozialistische Versammlung...

Der deutsche Rundfunk und der Dichter

Dem Malermeister und Schriftsteller Mag Jander aus Warmbrunn hatte die Leitung des Breslauer Rundfunks eine schwere Kränkung angeeignet, als sie ihm sein Singspiel „Rübezahl als Chefflügel“ als nicht literarisch vollwertig ablehnte...

Gemeine Rache an der Geliebten

Es ist noch nicht lange her, da wurde jedes Verbrechen gegen das keimende Leben schwer bestraft. Inzwischen ist man etwas einsichtiger geworden, und wenn auch den bestehenden Paragraphen noch Genüge geschehen muß, so verhängen verständige Juristen doch niedrigere Strafen...

Während der Gerichtsferien

also vom 15. Juli bis 15. September werden gemäß § 199 GG nur in Ferienferien Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. Abgesehen von den Sachen, die kraft Gesetzes Ferienfähig sind (§ 200 GG) kann das Gericht eine Sache nur dann als Ferienfähige bezeichnen...

Belegung der Universität im Sommersemester 1931

Table with columns for subjects (e.g., Theologie, Staatswissenschaft), gender (männl., weibl.), and counts. Includes a sub-table for 'davon neu immatrikul.' with columns for männl. and weibl.

Reichsbanner wird nicht geschont

Pfingstrauferei als schwerer Landfriedensbruch — Polizeilicher Uebereifer — Schwere Strafen für Reichsbannerleute

In B r i e g fand gestern wieder einmal ein Aufruhrprozess statt, indem sich zehn Personen, darunter einige Reichsbannerleute, wegen schweren Landfriedensbruchs, Aufruhr und Hausfriedensbruchs zu verantworten hatten. Der Anklage lag ein Vorfall in Würben, Kreis Ohlau, zu Pfingsten dieses Jahres zu Grunde. Das Reichsbanner hatte hier ein Vergnügen angezettelt, während im gegenüberliegenden Gasthof ein Tanzkränzchen von Landwirten stattfand. Aus einem nichtigen Grunde gerieten zwei einzelne Teilnehmer der beiden Vergnügen in Streit. Der Anhänger des Reichsbanners schiedte, als er sich bedroht fühlte, seinen Sohn in das Lokal des Reichsbanners und ließ Hilfe holen. Es kam nun zu teilweise tätlichen Auseinandersetzungen. Der Pfingstbesucher namens Grieger rief schließlich Polizei herbei, deren überaus forsches Eingreifen den Konflikt nicht schlichtete, sondern heizerte.

Der Staatsanwalt hatte wegen schweren Hausfriedensbruchs, Landfriedensbruchs, Aufruhrs und Beamtenverletzung Strafen von 6 bis 12 Monaten Gefängnis beantragt. Das Gericht sprach drei der Angeklagten frei und verurteilte sieben von ihnen zu Gefängnisstrafen von drei bis acht Monaten und zwar teilweise wegen schweren Landfriedensbruchs, Hausfriedensbruchs und Aufruhrs und in einem Falle auch wegen Beamtenverletzung. Außerdem wurde den Polizeibeamten die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Zu diesem Urteil wird uns von einem Teilnehmer der Verhandlung geschrieben:

Dieses harte Urteil wird in der Berufungsinstanz kaum aufrechterhalten werden können, wengleich auch anzuerkennen ist, es wesentlich hinter den Urträgen des Staatsanwalts zurückbleibt. Woher die Begründung für einen Landfriedensbruch genommen wurde, bleibt unerfindlich. Wenn das Gericht dem angeklagten Schatzw. Vater vorwarf, daß er durch sein Dazwischengreifen bei einem Streit zwischen zwei Personen die Veranlassung gegeben hätte, daß weitere neun Personen auf der Anklagebank saßen, so bleibt noch zu ergänzen, daß der Gastwirt Grieger die Herren verloren hatte. Durch Zeugenausagen wurde festgestellt, daß die „Demonstranten“ sich schon längst wieder im Tanzengelassen hatten. Trotzdem mußte Herr Grieger noch die Polizei alarmieren, weil er — halt fürchtete. Und Herr Oberlandjäger R a h m e l. Der fühlte sich vor Gericht

als der große Mann. Daß er den Führer des Reichsbanners, Genossen F r a n z, nicht gut leiden konnte, gab er ungeschminkt zu verstehen. Durch zehn Personen, nach den eigenen Angaben Herrn Rahmels und seiner beiden Beamten, fühlten die drei mit Revolver und Gummiknüppel bewaffneten Polizeibeamten sich so „schwer bedroht“, daß Rahmel sich veranlaßt sah, mit „allen Mitteln“ vorzugehen und den Befehl zu erteilen, die Schußwaffen fertig zu machen. Herr Rahmel, der sich vorher dem Gastwirt Grieger gegenüber verärgerter geäußert hatte, daß ja „gar nichts los sei“ und er unnötig in seiner Nachtruhe gestört wurde, kam nun doch auf seine Rechnung. Daß seine Beamten und er von dem Gummiknüppel überreichlichen und mehrfach unnötigen Gebrauch machten, hat diese Hauptverhandlung einwandfrei ergeben. Im „Aufruhr von Würben“ dürfte jedenfalls noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

ausfluß für Bombern machte aber von seinem Rechte Gebrauch und lehnte Simons mit sechs deutschnationalen gegen sechs sozialdemokratischen Stimmen ab. Simons gehört der Sozialdemokratischen Partei an.

Solidarität mit SPD.-Arbeitern strengstens unterlagt

In der sogenannten „Arbeiter-Zeitung“ finden sich folgende Bekanntmachungen über Ausschüsse aus der alleinsetzenden Mostaufrähe:

R i r s c h e (Hirschberg) wegen fortgesetzter Abweichungen vor der Generallinie der Partei. R. ließ sich in seiner Eigenschaft als kommunikativer Gemeindevorteiler ins Schlepptau von der SPD. nehmen und schädigte die Partei und die revolutionäre Arbeiterklasse durch die Unterstützung der SPD. in der Durchführung eines betrügerischen Manövers.

R a i s n a t (Hirschberg), gleichfalls wegen opportunistischer Anschauungen und Handlungen, die ihn in Widerspruch zu den Grundätzen der Partei brachten. R. ist ein parteischädigendes Element, das in der revolutionären Arbeiterbewegung nichts zu suchen hat.

Was haben diese beiden Schwerverbrecher getan? Ein „betrügerisches Manöver“ unterstellt, indem sie in Hirschberg offiziell und gemeinsam mit sozialdemokratischen und freigeordneten Arbeitern gegen den Terror der Stahlhelmbanditen im Hirschberger Gebiet protestierten, wobei R i r s c h e als Redner erklärte, daß endlich „sich die gesamte Arbeiterklasse im Kampfeswillen gegen die Faschisten zusammenfinden müsse.“

Kommentar? Gänzlich überflüssig!

Bessere Straßenverbindung Breslau—Hirschberg

Der Personenkraftwagen-Verkehr von Breslau nach dem Riesengebirge vollzieht sich gegenwärtig hauptsächlich über Schweidnitz, Freiburg, Bolkenhain und Kerschdorf nach Hirschberg. Ganz besonders schwer belastet ist auf dieser Strecke die Straße von Breslau—Schweidnitz, die noch den Verkehr nach dem Waldenburger Bergland aufzunehmen hat. Namentlich an Sonntagen drängt sich hier der Verkehr auf einige wenige Stunden stark zusammen, so daß eine Entlastung dieser Strecke seit langem dringend erwünscht ist. Hierfür kommt in erster Linie die Hauptausgangsstrecke von Breslau—Jauer—Bolkenhain in Frage, die sogar etwas kürzer ist als die Verbindung über Schweidnitz, bisher aber wegen der bei Schalkau im Weistrittal vorhandenen alten Holzbrücken von geringer Tragfähigkeit und ungenügender Breite nicht für den Durchgangsverkehr geeignet war.

Nunmehr hat die Provinz gemeinsam mit dem Kreise Breslau bei Schalkau drei massive Brücken herstellen lassen, die eine Fahrbahnbreite von sechs Meter aufweisen und dem schwersten Verkehr gewachsen sind. Ferner ist im Dorf Schalkau ein die Ueberführung hindernendes altes Gebäude beseitigt worden, so daß die Linienführung der Straße dort bedeutend günstiger geworden ist. Auch sonst sind weiterhin im Nachbarkreise Neumarkt ganz erhebliche Verbesserungen der Straße vorgenommen worden. Die Ausfahrt aus der Stadt Breslau erfolgt vom Striegauer Platz aus über Groß-Mohbern in Richtung auf Schalkau.

Sagan. Gegen einen Baum fuhr hier kurz vor dem Stadteingang auf abschüssiger Straße ein Auto mit Musikern, die von einem ländlichen Fest heimkehrten, auf. Zwei von den sieben Insassen wurden verletzt, davon drei schwer. Ein Musiker erlitt einen schweren Schädelbruch und die Frau des Musikleiters nur schwere Druckverletzungen davongetragen. Der Wagen wurde völlig zertrümmert.

Schweidnitz. Heingel will nicht mehr. Der Kandidat des Zentrums für die 2. Bürgermeisterei, Ober-Regierungsrat Stadtrat Dr. Heingel (Glogau), hat nunmehr seine Bewerbung zurückgezogen.

Oppeln. Das polnische Generalkonsulat für Oberschlesien, das bisher in Beuthen war, ist nach Oppeln verlegt und hat seinen Dienst hier bereits aufgenommen.

Ziemitz. Kreis Gleiwitz. Wildwest-Überfall auf einen Milchkuh. Auf der Landstraße nach Bahnhofschaakau wurde der Milchkuh Dlugosch des hiesigen Dominiums von zwei Räubern überfallen, die von ihm mit vorgehaltenem Revolver Geld verlangten. Sie wurden sofort verfolgt, ließen dabei ihre Räder im Stich und verschwanden in einem Walde.

Der Arbeitermord in Jännowitz

Am Sonnabend wurde der von dem Gutsherrn Günther hinterläßt erschossene Kellereheleing Bauer in seinem Heimatort Blagwitz unter starker Beteiligung der Einwohnerchaft zu Grabe getragen.

Der Mörder Günther jun. befindet sich immer noch auf dem Fuß, da das Liegnitzer Amtsgericht, wie bekannt, dem Antrag der Staatsanwaltschaft nicht stattgegeben hat. In dem Botaltermin stritt G. natürlich ab, anders als in Notwehr handelt zu haben. Dem steht die Aussage des als ruhigen und mnenen Menschen bekannten Obermeisters und die Tatsache, der Ermordete von hinten getroffen wurde, gegenüber. Liegnitz geht uns folgende authentische Darstellung des Sachverhaltes dieses unerhört frevelhaften Spieles mit Menschen an:

Günther ist als gewalttätiger Mensch unter den Dominitältern bekannt. In letzter Zeit spielte sich manche Szene vor dem Arbeitsgericht zu Liegnitz ab, und zwar wegen fristlosen Kahlungen, zu schlechter Holzabgabe und noch vieles andere. Mit der Waffe hat Günther schon oft gespielt und Arbeiter ihr bedroht.

Am 30. Juni kam Günther jun. in den Kuhstall und stellte daß die Kühe etwas weniger Milch gaben, als den Tag vorher. Er trat an den ermordeten Lehrschweiger heran und verteidigte die Kuh nachgemolken würde, weil sie weniger Milch gäbe. Wenn eine Kuh nachgemolken werden soll, so kann das nur von einer anderen Seite geschehen, deshalb weigerte sich der Lehrschweiger die Kuh nachzumolken. Günther trat nun an den Obermeister heran und verlangte, daß die Kuh nachgemolken werde, was der Ober ohne weiteres tat; G. stand daneben. Die Kuh gab ebenfalls weniger Milch, als am Tage vorher, deshalb verlangte Günther vom Ober, daß er seine Kuh noch einmal nachmelke. Dieser erklärte dem Günther, er solle selbst seine Kuh nachmelken, er habe die Kuh ausgemolken und damit sei die Angelegenheit erledigt. Darauf erwiderte Günther dem Obermeister: „Ihr sollt nicht eine so große Presse haben und die Schnauze zeigen.“ Dabei ging es etwas laut zu. Nun kam die Frau des Obermeisters in den Stall und sagte: „Was macht ihr hier für einen Krach, die Leute bleiben alle draußen auf der Straße.“ Das hört sich gerade so an, als wenn du nicht melken könntest.“ Im gleichen Augenblick ging Günther auf die Frau des Obermeisters zu und versuchte, sie zum Stall hinauszubringen. Obermeister erklärte dem Günther: „Meine Frau bleibt hier, sie hat das gleiche Recht im Stall zu sein wie ich!“ Daraufhin verteidigte Günther kurz entschlossen: „Na schön, dann werde ich die Kühe holen.“ Der Obermeister erwiderte ihm: „Sie gehen ruhig die Kühe holen, aber meine Frau bleibt hier.“ Günther drehte sich tatsächlich um und holte sein Jagdgewehr. Er den Stall wieder betrat, sprach der Obermeister mit seiner Frau über den Vorfall. Günther mischte sich sofort in das Gespräch ein. Da er als rüchichtsloser Mensch bekannt ist und ein Jagdgewehr in der Hand hielt, erklärte der Obermeister: „Meine Frau bleibt hier und geht nicht zum Stall hinaus.“ Daraufhin beauftragte Günther einen Beamten Bremer, er solle die Frau hinauswerfen. Bremer erklärte: „Ich tue das nicht, ich greife die Frau nicht an.“ Nun griff Günther zu und schloß die Frau zum Stall hinaus. In dem Augenblick, als Günther die Frau tatsächlich angriff, kam der Obermeister zu und erklärte dem Günther: „Wenn Sie meine Frau nicht loslassen, dann habe ich Ihnen den Revolver an den Hals.“ Raum war dies gesagt, rief Günther das Gewehr an die Hand und hielt es dem Ober vor den Körper. Günther ging vorwärts bis an die hintere Tür, die etwa drei Schritt vom Ober entfernt war.

Als der Ober merkte, daß Günther den Hahn am Jagdgewehr bewegte, warf er sich sofort hin; im gleichen Augenblick schloß die Tür, der wohlgezielt war. Nach einer Berechnung schloß Günther, wenn der Ober gestanden hätte, ihm mit der Schrotladung den Kopf mitten auseinandergerissen. Die Frau und der ermordete Lehrling standen etwas seitwärts. Als Günther trachtete, diesen beiden zum Stall hinaus zu gehen, griff der Obermeister zu einer Düngergabel und ging auf sie zu, um ihm das Gewehr aus der Hand zu schlagen. In dem Augenblick ging Günther hinter eine Tür und holte die Ladung des Jagdgewehrs zur Stelle herbei. Zu derselben Zeit schloß die Tür, die die Frau des Obermeisters und Bremer herein gelassen, weil sie annahmen, daß der Mörder entkommen war. Neben der einen Tür liegt eine zweite Tür. Als der Ober die Gewehrmündung auf sich gerichtet sah, lief er zur hinteren Tür hinaus und sah, wie Günther auf die beiden anderen zu zielte. In seiner Angst konnte er nur noch rufen: „Ist die Frau noch da?“ Günther schrie: „Der Frau gelang es noch, auf eine Seite zu hüpfen, der Ermordete lief geradeaus, aber durch einen wohlgezielten Schuß von hinten in den

Rücken geschossen. Er stürzte zusammen und war auf der Stelle tot. Günther nahm dann sein Jagdgewehr in aller Seelenruhe und ging nach Hause.

Simons wird ernannt

Die Preussische Staatsregierung hat die Ernennung des kommissarischen Regierungspräsidenten in Stettin, Dr. Hans Simons, zum Regierungspräsidenten in Liegnitz beschlossen. Nach den Bestimmungen der preussischen Verfassung muß zur endgültigen Ernennung des Einvernehmens des Provinzialausschusses eingekohlt werden.

Hans Simons wurde am 1. Juli 1893 in Düsseldorf als Sohn des Reichsgerichtspräsidenten Simons geboren. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften und wurde nach abgelegtem Examen 1918 Schriftführer, dann bis 1922 Abteilungsleiter der Deutschen Liga für Völkerverbund. Seit Oktober 1921 war er außerdem Geschäftsführer der Deutschen Hochschule für Politik und wurde 1922 als Hilfsarbeiter in das Reichsministerium des Innern einberufen. Im Jahre 1923 kam er dann als Oberregierungsrat in das Preussische Ministerium des Innern. Im Mai 1924 wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt und übernahm wieder die Hochschule für Politik als Direktor, bis er 1927 einer Einberufung in das preussische Ministerium des Innern als Ministerialrat folgte, wo er besonders in Fragen der Kreisreform tätig war.

Bei der Neuorganisation des Oberpräsidiums in Pommern Ende März 1930 wurde Simons von der Regierung zum Regierungspräsidenten des Bezirks Stettin als Nachfolger des zum Oberpräsidenten aufgerückten v. Halfern ernannt. Der Provinzial-

GA. überfällt einen Volkswacht-Kolporteur

„Komm nur heraus; Die stechen wir noch das Messer in die Wampe“

Gestern abend gegen 20 Uhr wollte der „Volkswacht“-Kolporteur Schwant von Althofsdürz nach Karshwane fahren. Dabei wurde er beim Arbeiterhaus des Dominiums Althofsdürz von einem Hitlermann K. Reiser mit den Worten angefahren: „Ich schmeiß dir gleich einen Stein auf den Schädel, hier ist kein öffentlicher Weg.“ Ehe der Angesprochene erwidern konnte, wurde er vom Rade gerissen, worauf er sich zur Wehr setzte. Das war das Signal für etwa 12 Nazileute, über den einen Sozialdemokraten helbenhaft herzufallen, ihn zu mißhandeln und anzuspucken. Schwant flüchtete sich schließlich in die Wohnung eines Knechts des Dominiums, worauf die Nazileute den Inspektor Unverricht herbeiriefen, der nach ostelbischer Manier gleich mit der Reitpeitsche in der Hand auf den Platz trat und von dem Knecht verlangte, daß er den Flüchtling „herausjagen“ sollte. Herr Unverricht wollte also einer vorläufigen Körperverletzung und Freiheitsberaubung bewußt und überlegt Vorschub leisten.

Erfreulicherweise machte ihn der Arbeiter, der dem Ueberfallenen Zuflucht gewährt hatte, bestimmt und energisch darauf aufmerksam, daß auch ein Inspektor Hausfriedensbruch begeht, wenn er ohne Erlaubnis in eine Wohnung eindringt. Gegen die Nazibanditen, die sämtlich namentlich bekannt sind, wurde Anzeige erstattet.

Welche freundlichen Wächter die Wegelagerer hatten, die offenbar von oben her inspiriert werden, leit bestimmte Herren in Althofsdürz ihren Ehrgeiz herein setzen, das Althofsdürzer Reichsbanner „zu vernichten“, geht daraus hervor, daß die große Menge Nazimenge vor der Wohnung des Arbeiters, der dem Ueberfallenen Zuflucht gewährt hatte, tobte und rief: „Komm nur heraus, die stechen wir noch das Messer in die Wampe.“

Immer weiße Zähne

„Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir am 15. Juni die Zahnärztin Frau Dr. Schindler in unsere angesehene Zahnklinik in der Wende, umsonst, da wir schon längere Zeit das Orlowdental-Wandwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Orlowdental-Zahnpasta.“ Dr. C. Orlow, Dr. ... — Was verlangt nur die echte Orlowdental-Zahnpasta, Tube 44 Pf. und 80 Pf., und mehr jeden Gang dafür zucht.

Kochfürden. Volksfest des Reichsbanners. Das Reichsbanner veranstaltete hier am 5. Juli wie alljährlich ein Volks- und Kinderfest. Eingeleitet wurde es durch einen Umzug durch das Dorf. Im Rahmischen Garten hielt dann Kamerad Alexander eine Ansprache, die klärenden Beifall fand. Alexander berichtete von einem „politischen Abendbrot“ im Schloß Koppeln, zu welchen Autos und Fuhrwerke Beifallige herangebracht hatten. Ein deutschnationaler führte dort Klage darüber, daß Nazis und Stahlhelmer im weiten Umkreis nichts erreichen können, worauf ein Kochfürdener antwortete, daß daran nur die Kochfürdener Ortsgruppe des Reichsbanners Schuld sei. Es ist in der Tat so: der Stahlhelm besteht aus einem Fahnen-träger und zwei Begleitern. Die letzte Mitgliederversammlung der einst so stolzen Nazibewegung war von Heben Mitgliedern besucht, bei der darauf folgenden öffentlichen Versammlung waren fast mehr Landjäger als Besucher zur Stelle. Kamerad Alexander richtete auch mahnende Worte an die Gleichgültigen. Seine Mahnung hatte auch momentanen Erfolg gehabt, er brachte mehrere neue Mitglieder. — Das Fest selbst, welches von einem guten Konzert der Krippitzer Kapelle ausgeschmückt wurde, nahm bei herrlichem Wetter einen glänzenden Verlauf.

Rimtau. Von der königlich-hillerischen Eisenbahn. Im Güterbahnhof Rimtau sieht man in 13. Jahre der Republik an der schwarzen Tafel ein großes Plakat über den Güterverkehr mit der Unterschrift: „Königliche Eisenbahn-Direktion.“ Bei den Rimtauer Bahnhof-Nazileuten kann einem das allerdings nicht wundern. Da kann man beispielsweise nachts Telefongespräche hören, die mit hillerischem „Heil!“ enden, da kann man auch den Sohn des Bahnvorstehers Traber halbenreuzgeschmückt im Stationsbüro links dem Schaffer sehen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Namptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau) Zimmer 17b-17c
Telefon: 1944, 1945
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 14-18 Uhr

Ölbers. Donnerstag, den 6. Juli, 20 Uhr im Gasthaus im Ölbers öffentlichen Versammlung. Dr. Koen spricht über „Waffenstillstand und Volksgesundheit“.

Zilschowitz. Am Freitag, den 10. Juli, 20 Uhr im Lokal Gertenberg Mitgliederversammlung. Redner: Grosse Junke.

Urlaub und Urlaubsschädigung

Gerade jetzt zur Reise- und Urlaubszeit werden nachstehende Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts aus jüngerer Zeit, die sich mit den Begriffen Urlaub und Urlaubsschädigung befassen, interessieren.

Zunächst folgen einige Urteile, in denen sich das Reichsarbeitsgericht mit der Erkrankung des Arbeitnehmers während des Urlaubs und am Urlaubstisch beschäftigt. Die Erkrankung während des Urlaubs ist ein den Arbeitnehmern persönlich treffendes Missgeschick. Für die Erziehung des Urlaubszieles der Erholung kann der Arbeitgeber unmöglich eine Verantwortung tragen. Ob vor dem Urlaubsantritt der Arbeitgeber verpflichtet ist, zu vermeiden, daß der Arbeitnehmer den Genus seiner Freizeit durch Krankheitstage einbüßt, ist in jedem Falle auf Grund der Tarif- oder Vertragsbestimmungen nach den Grundsätzen von Treu und Glauben unter Berücksichtigung der Betriebs- und der Arbeitsbelange zu entscheiden. Ist der Urlaub aber im Laufe, so hat der Arbeitgeber keine Verpflichtung erfüllt; sie wird, wenn nicht der Tarifvertrag anders bestimmt, durch die Erkrankung des Arbeitnehmers im Urlaub rechtlich nicht berührt. Dies gilt auch für die Erkrankung schwerbeschädigter während der Urlaubszeit. (Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 5. November 1930, RWG 135/90).

Erkrankt vorübergehend der Arbeitnehmer am Urlaubstisch, so entsteht trotzdem der Urlaubsanspruch (Urteil vom 20. 12. 1930), dauert die Erkrankung bis zur Entlassung an, so daß keine Gelegenheit mehr besteht, Freizeit zu gewähren, so steht dem Arbeitnehmer ein Anspruch auf Zahlung der Urlaubsvergütung zu. (Urteil vom 15. 10. 1930.) Nur wenn der Arbeitnehmer am Urlaubstisch bereits dauernd arbeitsunfähig ist, entsteht der Urlaubsanspruch nicht (Urteil vom 2. Mai 1931). Bei einsetzender Kurzarbeit sind Urlaubstage nur im Verhältnis der Arbeitszeit zu vergüten, auch wenn der Tarifvertrag die Urlaubsvergütung nicht ausdrücklich auf die Arbeitszeit abstellt. Der Arbeitnehmer hat nur Anspruch auf Zahlung des Lohnes, den er verdient haben würde, wenn er während der Urlaubszeit nicht gearbeitet, sondern gearbeitet hätte.

Anders mag es sich vielleicht verhalten, wenn einem bereits ausgeschiedenen Arbeitnehmer nachträglich noch die Urlaubsvergütung in Geld zu gewähren ist; in solchem Falle liegt es unter Umständen gar nicht mehr fern, wenn der Arbeiter den Urlaub genommen und wieder Wochenstunden er gearbeitet hätte. Anders mag es sich auch verhalten, wenn der Arbeitgeber in böswilliger Absicht den Urlaub gerade so gewährt hat, daß der Arbeitnehmer während des Urlaubs geringere Vergütung erhält als wenn sonst besondere Umstände im Hinblick auf § 157, 242 BGB. eine andere Beurteilung rechtfertigen. So wenn zur Zeit des Urlaubs abnorme Verhältnisse im Betrieb des Unternehmers obwalten. (Urteile vom 17. April 1929, vom 24. April 1929 und vom 18. Oktober 1930.)

Bei Tarifende gilt die Urlaubsregelung eines Tarifvertrages weiter, wenn das Arbeitsverhältnis stillschweigend fortgesetzt wird. (Urteil vom 22. April 1931.)

Wenn der Arbeitgeber bei Tarifende mit seinen Arbeitnehmern Weiterbeschäftigung zum bisherigen Lohn vereinbart, über die Urlaubsregelung über sich hinweg, muß dieses Stillschweigen dahin ausgelegt werden, daß auch die bisherige Urlaubsregelung weiter gelten soll. (Urteil vom 25. April 1931.)

Eine Nachwirkung des Tarifvertrages kommt dann nicht in Frage, wenn der normative Inhalt zeitlich begrenzt, z. B. eine Lohnhöhe, die sich aus einer mehrere Jahre hindurch einander folgenden tariflichen Urlaubsregelung als Nebenbestand einer Nebenbestimmung ergibt. (Urteil vom 14. März 1931.)

Steht ein urlaubsberechtigter Arbeitnehmer im bestehenden Dienstverhältnis, so entsteht für die Erben kein Anspruch auf Urlaubsvergütung. Dagegen ist der Anspruch auf die Urlaubsschädigung vererblich, wenn der Arbeitnehmer nach Beendigung des Dienstverhältnisses stirbt. (Urteil vom 31. März 1931.)

Kommunismus und Bergarbeiterjugend

Die Kommunisten sprechen in ihrer Presse fast tagtäglich von „Kriegsvorbereitungen“ ihrer Jugendbewegung. Sie schneiden mächtig auf. Wenn nur die Hälfte ihrer Behauptungen wahr wäre, dann bliebe für die anderen Richtungen der Jugendbewegung nicht mehr viel zu organisieren übrig. Auch dem Kleinen Handbuch für Jugendverbände (Herausgegeben vom Deutschen Archiv für Jugendwohlfahrt) zählt der kommunistische Jugendverband 21.630 Mitglieder, die Hitler-Jugend 25.000, der Jungmännern 110.000, die Sozialistische Arbeiterjugend 55.958, die Gewerkschaftsjugend (1929) 300.765, das Jungbanner 14 bis 18jährige 245.000 und 18 bis 25jährige 486.000. Man sieht also, die Gesamtzahl der sozialistischen Jugendbewegung geht auch heute trotz der Krise hoch in die Hunderttausende. Neben der freien Gewerkschaftsjugend sind die Jugendorganisationen am stärksten vertreten. Würde man die Jugendorganisationen der Sportverbände noch in die Zahlenausstellung mit aufnehmen, dann erhielten diese die erste Stelle. Ein Beweis für die stark gefühlsmäßige Einstellung des jungen Menschen und für den bei ihm ausgeprägten Drang zur Befriedigung seiner Kampf- und Geltungsstriebe.

Der Gefühlswelt der Jugend verfallen die Kommunisten in ihrer Agitation so viel wie möglich Rechnung zu tragen. Stolzreden, Jungjüngere, Jungfrauen usw. sollen den Glanz der jungen Arbeiter wecken. Das Auspeitschen der Gefühle verleiht natürlich in manchen Fällen einen Zweck nicht, und andere Umstände, wie wirtschaftliche Schwierigkeiten, Druck von Unternehmern, Arbeitslosigkeit und anderes, begünstigen die heftige Aufregung der gewalttätigen Instanz durch die kommunistischen Führer.

Besonders große Hoffnungen setzen die Kommunisten auf ihre Agitation in der Bergarbeiterjugend. Das Abstimmungsresultat bei den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet hat ihren Götzenwahn mächtig gesteigert. Sie bilden sich ein, unter der Jugend des Ruhrbezirks mit großem Erfolg werben zu können. Sie verzeihen, daß das Abstimmungsresultat der Betriebsratswahlen nichts anderes war als ein passiver Gefühlsausbruch, der die nur oft begrenzten Ansprüche mit dem jetzigen Wirtschaftssystem demonstrierte. Solche Gefühlsüberschüsse sind nichts Neues. Trifft eine Bewegung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder ein, dann bringt die Proteststimmung kräftig auf. Die Inflationsperiode hat das am Beispiel der damals kommunistischen Kader vor bewiesen.

Wichtig ist, daß die Erfolge der Kommunisten bei den letzten Betriebsratswahlen in einigen Bergarbeitern, wie im Ruhrgebiet, in Obersachsen, im Ruhrbezirk und in Polen, nicht zuletzt auf die besondere Beeinflussung der jungen und jüngeren Wähler durch die KPD zurückzuführen sind. Die geschickte Anstellung von jungen Kandidaten, ferner die gerade jetzt besonders heftig betriebene Verunglimpfung der Rechte anderer Richtungen durch die KPD, die Anstellung zahlreicher Kandidaten für die die Jugend immer empfindlicher ist, und schließlich die klugen Zeitverhältnisse — all das hat den Kommunisten Anhänger aus den Reihen der Jugend gewonnen.

Wie gewöhnlich, so war auch hier ihr Erfolg zugleich ein Erfolg der Scharfmacher; denn die wüste, schmutzige Hege gegen die freigewerkschaftlichen Verbände trieb den Unternehmern reichlich Hasen in ihre Rüche. So konnten im Ruhrbergbau fast 19.000 oder 8,3 Prozent Stimmen gezählt werden, die für die Wirtschaftsfriedlichen bzw. die Nationalsozialisten abgegeben wurden. Die Unternehmer sind natürlich entsetzt über dieses Resultat der Wählbarkeit der KPD. Die Arbeiterschaft hat den Schaden. Sie wird noch lange die Folge der von den Sowjetern geführten Fahnenflucht zu spüren haben.

Steht nun das jugendliche Element, das dem Moskauer Irrsinn folgte, auch wirklich mit Leib und Seele hinter der kommunistischen Richtung? Auf diese Frage gibt es nur ein glattes Nein. Schon wiederholt wurde von der KPD über die Laune ihrer Anhänger geklagt. Am wenigsten Verlaß ist naturgemäß auf die jugendlichen Bergarbeiter, die den Lehren der kommunistischen Funktionäre folgten. Als Anfang dieses Jahres der kommunistische Einheitsverband ins Leben gerufen war, setzte von seiner Seite aus eine starke Agitation auch unter den jugendlichen Bergarbeitern ein. Kurze Zeit später meldete das „Ruhr Echo“ (Nr. 45), daß bereits 1300 Jungarbeiter dem Roten Einheitsverband beigetreten wären. Selbst wenn das der Fall wäre, was natürlich keineswegs feststeht, so will diese Zahl nichts belegen. Es handelt sich hier um Opfer der Krise, die aufs äußerste verbittert sind und nun von der KPD Besserung erwarten. Nicht Verberzeugungstreue hat sie den Schritt nach links tun lassen, und sie werden über kurz oder lang auch von der KPD wieder abzuwandern. Die Jugendbewegung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter dagegen marschiert, befreit von unsicheren Rantonisten, heute gefestigter denn je vorwärts.

Für den Bauarbeiterschutz

Der Bauarbeiterschutzkongress, der in Berlin stattfand, wurde zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Die Delegierten, die aus dem ganzen Reich zusammen gekommen waren, folgten den verschiedenen Referaten mit großem Interesse. Der Rahmen des Kongresses war glücklich gewählt, als er gemittelt mit der Bau-Ausstellung verbunden war. Die Delegierten hatten gute Gelegenheit, das erfolgreiche Wirken des Bauergewerksbundes für den Bauarbeiterschutz in der Verteilung der freien Gewerkschaften und ihrer Betriebe in Augenschein zu nehmen. Die Zeit der Reden ist auch auf diesem Gebiete längst vorüber. Der Bauergewerksbund ist zum Schutze seiner Mitglieder zu praktischer Arbeit übergegangen und hat damit schon Tausenden von Berufsangehörigen Leben und Gesundheit erhalten.

Die Bauherren von einst wollten zuerst zwar nichts vom Bauarbeiterschutz wissen, es war ihnen alles zu kostspielig und zu zeitaufwendend. Heute haben sie sich dank des Wirkens des Bauergewerksbundes den Anordnungen der Behörden zu fügen und für ausreichenden Schutz zu sorgen. Ist heute auch die Zersplitterung der Schutzbestimmungen noch sehr groß, so müssen sie in den verschiedenen Ländern doch respektiert werden.

Der Bauergewerksbund ist für eine Vereinheitlichung aller Schutzbestimmungen für das ganze Reich ein. In Hand der Modelle, die in der Ausstellung zu sehen sind, kann man feststellen, wie verschiedenartig die Arbeits- und Schutzgerüste sind, man kann aber auch sehen, wie groß die Gefahren für den einzelnen Bauarbeiter sind. Da gibt es bayrische und sächsische, da gibt es norddeutsche und Berliner Gerüsttypen — es ist selbstverständlich, daß es eine Einheitlichkeit und Norm billiger und besser wäre.

Zur Abmilderung der Gefahren fordert der Bau-

Was ist Marxismus?

„Wollen wir bei diesem schönen und treffenden Bild bleiben: der Marxismus ist die von Marx geschmiedete wirksame Waffe im Befreiungskampf des Proletariats. Dann ist es unsere Aufgabe, die Eigenschaften dieser Waffe und ihren Gebrauch kennen zu lernen...“

So heißt es in der neuen sozialdemokratischen Schrift: „Was ist Marxismus?“ Sie ist, wie selten eine, geeignet, die „Eigenschaften dieser Waffe Marxismus kennenzulernen“. Die Volksbuchhandlung hat diese Broschüre zum Preis von 10 Pf. vorrätig.

gewerksbund an seinen Modellen: Denkt an das Schutzeländer! Bergeht das Fortbrett nicht! Prüft die Kettenlampe, bevor ihr sie verwendet! Man sieht verbrauchte Stride, die überhaupt nicht verwendet werden sollen: Dies führt zu Unfällen! Gute Verordnungen anbringen! Draht an das Schutzelement für Dacharbeiten! Aus all diesen Forderungen zieht der Bauergewerksbund die Lehre: Rettung der Gerüste ist notwendig! So lange das nicht möglich ist, ist erhöhter Schutz notwendig und die dauernde Verbesserung aller Gerüsttypen ist anzustreben.

An Hand graphischer und bildlicher Darstellungen, die ausgezeichnet wirken, beweist der Bauergewerksbund, wie wichtig seine Forderung nach Arbeiterschutz ist.

Die Sozial- und Arbeiterschutzpolitik des Bauergewerksbundes wird bestimmt dadurch, daß der Bauarbeiter anderen Arbeitern gegenüber benachteiligt ist durch 1. mangelnde Arbeitslosigkeit, 2. mangelnde Arbeitsplatzverteilung, 3. vergrößerte Unfallgefahren, 4. unzureichende Umgebung in den Arbeitsstätten, 5. Ausnahmestimmungen in der Arbeitslosenversicherung, 6. Beschänkungen in seinem Lohn durch Bitterungsmaßnahmen, für die kein Ersatz geleistet wird, 7. Mißbilligkeiten in der Krankenversicherung.

Man sieht, daß die Forderungen des Bauergewerksbundes wohl fundiert sind und wenn es dazu noch eines Beweises bedürft hätte, dann liefert ihn diese eindrucksvolle Ausstellung.

Seit fast 20 Bauarbeiterschutzkommissionen am Werke, die in Verbindung mit dem Bauergewerksbund und den Behörden die Ausführung der Schutzbestimmungen überwachen und fortlaufend für Verbesserungen des Arbeitsschutzes eintreten. Die Forderung nach der regelmäßigen Kontrolle kann die gesamte Öffentlichkeit nur unterstützen. Das Mißbilligungsrecht der Arbeiter beim Ausbau der Unfallversicherung ist eine glatte Selbstverständlichkeit und die Forderung nach Einstellung von Baukontrolleuren muß nachdrücklich unterstützt werden.

Im alle Fälle ist diese Ausstellung der Ausstellung von großer Eindringlichkeit — und es ist den Gewerkschaften zu danken, daß sie es waren, die dem Reiche und zwar dem arbeitenden Menschen, in der großen Ausstellung den gebührenden Platz verschafft haben. Es bleibt nur zu wünschen, daß alle Besucher und Besucherinnen, alle die davon lesen und hören, die richtige Lehre daraus ziehen. Diese Lehre ist: Alle arbeitenden Menschen müssen ihrer freigewerkschaftlichen Organisation angehören und in tätiger gegenseitiger Hilfe die Gefahren der kapitalistischen System bekämpfen.

Wie haben sich die gemeinwirtschaftlichen Organisationen in der Wirtschaftskrise bewährt?

Mit der Konsum- und Baugenossenschaftsbewegung, haben sich die gemeinwirtschaftlichen Organisationen in der Wirtschaftskrise bewährt.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung schritt zur Erzeugung vieler lebenswichtiger Verbrauchsgüter in muster-eingerichteten, Erzeugungsstätten. Die Verorgung der mittleeren Bevölkerung mit dem lebenswichtigen Gut Wohnbelangen unter Ausschaltung persönlicher Gewinntriebe Baugenossenschaften, Wohnungsfürsorgegesellschaften, darunter Demog als gewerkschaftliche Wohnungsfürsorgegesellschaft, beiterbank und Volksfürsorge, die in das den Arbeitern un- gestellten bisher verschlossen gewesene Gebiet der Geldwirt- erfolgreich eindringen, sorgten für die Finanzierung des Ar- wohnungsbaues und der Eigenbetriebe der Arbeiterschaft, die Bauhüttenbewegung unternahm die Arbeiterschaft den alles Erwarteten erfolgreichen Versuch, auch das Bauen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage zu betreiben. Durch das Zusammenwirken aller dieser Kräfte und Bestrebungen wird an neuen besseren Wirtschaftsordnungen gebaut. Ist auch dieses zu tun, um das begonnene Werk weiter zu fördern, so hat gerade die schwere Wirtschaftskrise die Stärke und Kraft gesamtlichen Gemeinwirtschaftsbewegung nachgewiesen. Das die Geschäftsberichte und Statistiken der auf gemeinwirt- lichem Boden stehenden Organisationen.

Über den Stand und die Entwicklung der Bau- bewegung unterrichtet laufend die Soziale Bauwirtschaft, dem loeben erschienenen Heft 13 entnehmen wir die folg- Zahlenangaben. Die sozialen Baubetriebe erbauten in den Jahren des Bestehens der Bauhüttenbewegung rund 10 Wohnungen. Der Umsatz aller Bauhüttenbetriebe betrug Jahre 1930 bei 15.554 im Monatsdurchschnitt Beschäftigten 120,2 Millionen Mark, die Lohnsumme 42 Millionen Mark. Einem Gesamtvermögen von 99,5 Millionen Mark ist die Verbindlichkeiten in Höhe von 85 Millionen Mark und stellungen von 3,6 Millionen Mark gegenüber. Heft enthält dann noch einen Bericht über die im Juni gefundenen Tagungen des Verbandes sozialer Baubetrie- denen zur Wirtschaftslage Stellung genommen wurde. Die so- die Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung schwächende P- der Reichsregierung wurde abgelehnt und eine großzügige- lebung des Baugewerbes gefordert, um durch Belebung d- wichtigsten Schlüsselgewerbes eine Belebung der Gesamtwirt- zu erreichen. Herabsetzung der Zinsätze, Vereinfachung d- stelliger Hypotheken zu günstigen Bedingungen, Auslandsan- und namentlich die Einführung der Vierzigstundenswoche unumgängliche Erfordernisse zur Belebung der Wirtschaft, Arbeit und der sichere Stand der Bauhüttenbewegung wird auf der Bauausstellung überzeugend veranschaulicht. In Hat hat sich der Verband sozialer Baubetriebe zu einer gemein- Ausstellung mit dem Deutschen Bauergewerksbund, den Ver- verbänden der Dachbeder und Fabrikarbeiter, dem Bundes- technischen Angehörigen und Beamten, dem Deutschen Werk- verband, der Arbeiterbank, der Hannoverischen Bodenkredi- und der Demog der gewerkschaftlichen Wohnungsfürsorge- schaft zu einer gemeinsamen Ausstellung vereinigt, über die in Sondernummer 11/12 der Sozialen Bauwirtschaft unter Ver- vieler Abbildungen eingehend berichtet wird. Die Arbeiter- hat, wie diese Ausstellung in überzeugender Weise nachwei- vollem Vertrauen auf die eigene Kraft wirtschaftliches und- nisches Neuland betreten und dadurch neue Wege gemein- betreten werden müssen, um aus der Not unserer Zeit her- zukommen und ähnliche Nöte für die Zukunft unmöglich zu ma- Die Zukunft gehört der Gemeinwirtschaft! Der beste Zusam- schluß aller gemeinwirtschaftlicher Organisationen wird die- reichung des Zieles beschleunigen.

Die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn

durch die 50.000 Mann für fünf Monate Verdienst erhalten wird heute in Angriff genommen. Die Arbeitskräfte können wie in der Presse angedeutet wurde, nur aus der Krisenfrist entnommen werden; denn bei der Vermittlung ist den gesetzlichen Bestimmungen in erster Linie auf die Eigen- der Arbeitkraft, dann vor allem auf die Dauer der Ar- losigkeit und auf die besonderen Familienver- nisse Rücksicht zu nehmen. Eine bestimmte Arbeitsver- kann also unmöglich bevorzugt werden.

Werkvertrag berührt, daß die Reichsbahn-Hauptverwaltung nur 60 Prozent der Arbeitsbeschaffung in eigener Regie be- führen und 40 Prozent durch Privatunterneh- fertigtstellen lassen will. Das bedeutet praktisch keine Förde- der Arbeitsbeschaffung; denn der Privatunternehmer weniger Leute ein, weil er mehr Profit heraus schlagen will. Warum überträgt die Reichsbahn einen so großen Teil Arbeiten dem Privatunternehmer? Die Tiefbauunterneh- haben vor längerer Zeit in einer an den Reichstag gericht- Denkschrift sich bekümmert, sie bekamen nicht genügend Arbeiten der Reichsbahn übertragen. Schuld daran sei der marxist- Einheitsverband. Die Hauptverwaltung hat Angst bekommen, daß etwa ihre Baufachverständigen weniger geschickt die Privatunternehmer?

Verletzung des Schwerbeschädigtengesetzes

Das Schöffengericht kann nach § 18 des Schwerbeschädig- tetengesetzes eine Buße von 1000 Rmf. gegen einen Arbeitgeber legen, der vorsätzlich oder aus grober Fahrlässigkeit gegen Vorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes verstößt. Die Ger- vertreten vielfach den Standpunkt, daß schon die Tatfrage, ein Arbeitgeber 19 Arbeitnehmer aber keinen Schwerbeschäd- beschäftigt hat, die Festsetzung einer Buße rechtfertigt. In- Gesetz ist nicht gesagt, ob der Antrag der Hauptfürsorgestelle eine Frist gebunden ist. Das Schöffengericht Berlin-Schöne- führt dazu in einem Urteil vom 7. Mai 1931 aus, daß auch § 18 des Schwerbeschädigtengesetzes die allgemeinen Grund- des Strafgesetzbuches für Antragsdelikte (§ 61 St.G.B.) wendung finden müssen, wenn auch in § 18 des Sch- beschädigtengesetzes ein ausdrücklicher Hinweis fehlt. In- dessen könne nur dann eine Buße gegen den Arbeitgeber ge- setzt werden, wenn spätestens binnen drei Monaten, rechnet von dem Tage, an dem die Hauptfürsorgestelle von Handlung und der Verion des Täters Kenntnis erlangt hat, Bußantrag der Hauptfürsorgestelle bei dem Amtsanwalt ge- gangen ist.

! Vergesst nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben

Waffenstand		
Revolver	8.7	7.7
Kolbe	0.91	0.82
Handwaffe (Mittl. Waffe)	0.62	0.54
Handwaffe (Kleinst. Waffe)	1.54	1.61
Handwaffe (Groß. Waffe)	1.84	1.90
Handwaffe (Mittl. Waffe)	0.98	0.98

Bullrich-Salz für Bullrich-Brause

Leute im Sturm

Aufmarsch der Fabrikarbeiter

München, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Zum zweiten Mal während des 11jährigen Bestehens ihres Verbandes sind die freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiter in München zu ihrem Verbandsstag zusammengetreten.

Der greise Terenan-London übermittelte die Grüße der Union der englischen Gemeinde- und Staatsarbeiter. Er betonte unter begeisterter Zustimmung, daß die Hoover-Kritik und alles, was damit zusammenhängt, im wesentlichen ein Erfolg der Politik des Kabinetts MacDonald sei.

Der Verbandsvorsitzende Brey-Hannover vertonte keine Berichterstattung mit einem großzügigen Vortrag über die Haltung der freien Gewerkschaften zur augenblicklichen Tagespolitik.

Zu den politischen Ereignissen der letzten Wochen bemerkte Brey, daß die Entscheidungen selbstverständlich nicht freudig gefaßt wurden, sondern aus der zwingenden Vorstellung heraus, daß Schlimmeres zu verhüten war.

Wir alle, so schloß Brey, wünschen den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wir sehen in der Aktion Hoovers und der Engländer einen Lichtblick in gewissen Zeiten in Hilfe und Kreditgewährung für die Wirtschaft gleichbedeutend mit Arbeitsbeschaffung.

Der Vorsitzende des Keramikischen Bundes, Grunzel, erörterte die besonderen Wirtschaftsverhältnisse in den Gruppen Grobkeramik, Glas und Feinkeramik.

Über die Vermögensverhältnisse und das Organisationsleben des Verbandes gab der Hauptkassier Köhler interessante Aufschlüsse.

Mit großer Gewandtheit sprach Köhler am Schluß seines Berichtes, daß alle Bestrebungen der Keramikischen, Feinkeramikischen und Unterkeramikischen Verband in der Krise ihren Zweck zu machen, erfolgreich werden und werden.

Morgen Arbeiterkammerwahlen im Ruhrbergbau

Am kommenden Donnerstag findet die Wahl der Arbeiterkammer für den Ruhrbergbau statt.

Beeinflussung des Bergbaus durch das Reich mit. Ebenso hat sie über die Sicherheit des Grubenbaus und die Einrichtungen des Betriebes im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs zu beraten.

Metallarbeiter-Jugendtreffen

Der Bezirk Breslau ruft seine Jungmetallarbeiter für den 15. und 16. August dieses Jahres zu einem Jugendtreffen nach dem Riesengebirge.

Am Sonntag, 7. Uhr, fährt mit der Hirschberger Talbahn nach Ober-Siersdorf, von hier Wanderung in Kübbegais Reich.

Am Sonntag übernachten die Teilnehmer, denen der Montag noch zur Verfügung steht, in der Kammbau, und am Montag wird eine Kammbauwanderung unternommen.

Jungkollegen! Schließen ihr bezauberndes Lächeln eines der schönsten Länder Deutschlands, seine Gebirge werden in Deutschland an Höhe nur von den oberbayerischen Alpen übertroffen.

Fleischer gegen Arbeiter und Konsumvereine

Vor einigen Wochen wurde in der Weiskensfelder Tagespresse über ein Gerichtsverfahren gegen einen Weiskensfelder Fleischermeister berichtet.

Die „Allgemeine Fleischerzeitung“ benutzte nun diese Gelegenheit, um in ganz unerhörter Weise den Verzug zu unternehmen, den „Justizirrtum von Weiskensfeld“.

Es kann wohl nicht bezweifelt werden, daß auf ein Urteil letzten Endes auch die politische Einstellung und der Beruf der Laienbeisitzer Einfluß haben.

Wenn es sich nun um die Moral und Anstand verhält, einen Schöffen, der auf gewissenhafte und unparteiliche Erfüllung seiner Amtspflicht vereidigt ist, Parteilichkeit vorzuwerfen, so ist es aber der Gipfel verleumderischer Hege gegen die Konsumvereine und die in dem Prozeß tätigen, dem Arbeiterstand angehörigen Schöffen, wenn die „Allgemeine Fleischerzeitung“ der Wahrheit zuwider die Behauptung aufstellt, daß der Lagerverwalter eines Konsumvereins bei der Urteilsfällung mitgewirkt habe.

Aber es kommt noch besser. In demselben Artikel magt die „Allgemeine Fleischerzeitung“, in unlauterer Weise der Weiskensfelder Bevölkerung klarzumachen, daß die Murr der Fleischermeister natürlich besser sei als die des Konsumvereins.

Der Reichsetat

1229,9 Millionen Gesamteignt bis Ende Mai. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen für den ordentlichen Etat im Monat Mai mit 682,2 Millionen Mark an und die Ausgaben mit 729,7 Millionen Mark.

unserer Jugend Gelegenheit geben, wenigstens einen Teil des Riesengebirges mit seinen Schönheiten kennen zu lernen.

Verzicht auf tarifliche Ansprüche

Der nachträgliche Verzicht auf tarifliche Entlohnung dann nicht, wenn die Erklärung unter einem wirtschaftlichen abgegeben worden ist.

Arbeitsaufnahme in Roubaix-Tourcoing

Die Zahl der Arbeiter, die am Dienstag in den Fabriken von Roubaix-Tourcoing ihre Tätigkeiten wieder aufgenommen haben, beträgt etwa 2 Millionen.

Geringer Rückgang der Wohlfahrtsverwerbslosen in Preußen

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind bei der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamts 31. März 1931 in Preußen 707.669 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsverwerbslose gezählt worden.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst an Sonntag, 27. Juni 1931, mitteilt, förderte die für die Wirtschaft gut geeignete Verteilung von Regen, Sonnenschein Wärme während des Monats Juni das Wachstum auf dem und Grünlande wesentlich.

Der Saatensstand in Preußen Anfang Juli 1931

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst an Sonntag, 27. Juni 1931, mitteilt, förderte die für die Wirtschaft gut geeignete Verteilung von Regen, Sonnenschein Wärme während des Monats Juni das Wachstum auf dem und Grünlande wesentlich.

Table with 3 columns: Crop type, July 1931, June 1931, June 1930. Rows include Winterweizen, Sommerweizen, Winterroggen, Sommerroggen, Wintergerste, Sommergerste, Hafer, Frühkartoffeln, Spätkartoffeln, Zuckerrüben, Futterrüben, Raps, Reis, Luzerne, Weizen, Viehweiden.

Die Schweiz erlebt seit langer Zeit eine Bankpanne, handelt sich rd die Banque de Genève in Genf, die 75 Jahren besteht und mit einem Kapital von 20 Milliarden Franken arbeitet.

